

Heike Möller (Hrsg.)

BRANDENBURG: KOMMUNAL, NACHHALTIG, INTERNATIONAL

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)
Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam
Tel.: 0331 / 704 89 66 | Fax.: 0331 / 270 86 90
www.venrob.org
Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.org

Ausgabe 10 (2020)

Heike Möller (Hrsg.): Brandenburg: kommunal, nachhaltig, international

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
© WeltTrends, Potsdam 2020

Satz: Max Haberstroh
Layout: Kathrin Windhorst / kwikwi.org
Druck: solid earth, Berlin
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.
Produziert mit 100% Ökostrom.

Bildnachweise

Cover: © Heike Möller | S. 3/28: © Tatjana Pott | S. 5/16: © Uwe Prüfer |
S. 6: © Fotostudio Goethe (links); © Stadt Teltow / Dirk Pagels (Mitte); © Stadt Eberswalde / Ulrich Wessollek (rechts)
S. 19: © Simone Holzwarth (links); © Patryk Grudzinski (rechts) | S. 20: © Patryk Grudzinski
S. 21: © Simone Holzwarth | S. 22: © Diakonisches Werk Teltow-Fläming / Stephanie Günter (links); © Landkreis
Teltow-Fläming / Dietlind Biesterfeld (rechts) | S. 23: © Landkreis Teltow-Fläming | S. 24: © Diakonisches Werk
Teltow-Fläming / Lisa Schütze | S. 25: © Nadine Gärtner (links); © Uwe Prüfer (rechts) | S. 26: © TransFair e.V.
S. 30: © Vanessa Birnbaum | S. 32: © Marie Fechner | S. 35: © Torsten Lipp

Bestellung: info@venrob.org

Gefördert durch Mittel des Ministeriums der
Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg.



Inhalt

Otto Lilienthal und die „neuen“ preußischen Tugenden	2
<i>Heike Möller</i>	
Von toten Wildschweinen und der Globalisierung	4
<i>Uwe Prüfer</i>	
Fünf Fragen an drei Bürgermeister brandenburgischer Städte	6
Holger Kelch (Cottbus), Thomas Schmidt (Teltow), Friedhelm Boginski (Eberswalde)	
Round Table Entwicklungspolitik in Brandenburg 2020	11
Zusammenfassung der Inputs von der Staatskanzlei und den Ministerien	
Zu einigen Schwerpunkten der brandenburgischen NGO	16
<i>Uwe Prüfer</i>	
Gelebte Nachhaltigkeit, Feste und Netzwerke	19
<i>Simone Holzwarth und Sebastian Wehrsig</i>	
Gelebte Partnerschaft in Pandemie-Zeiten	22
<i>Stephanie Günther und Dietlind Biesterfeld</i>	
Fairtrade-Towns – Impulsgeber für Fairen Handel in Kommunen, auch in Brandenburg	25
<i>Nicole Saile und Uwe Prüfer</i>	
Die 5. Baruther Schlossgespräche für eine Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg	28
<i>Heike Möller</i>	
Kommunale Entwicklungspolitik in Beelitz	32
<i>Marie Fechner</i>	
Neues aus der Städtepartnerschaft Potsdam – Sansibar	34
<i>Claudia Dombrowsky</i>	
Mustererklärung für Städte, Gemeinden und Landkreise zur Agenda 2030	36
Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten	

Otto Lilienthal und die „neuen“ preußischen Tugenden

Was hat der Flugpionier Otto Lilienthal mit brandenburgischen Kommunen gemeinsam? Auf den ersten Blick nichts, außer dass Lilienthal nicht nur in Berlin, sondern auch in Potsdam und Umgebung seine Flugübungen gemacht und damit den Grundstock für die weitere Entwicklung der Luftfahrt gelegt hat. Auf den zweiten Blick wird klar: Innovation, Initiative, Zukunftsvision, Mut und Entschlossenheit! Von alledem wünschen wir uns mehr. Innovation kommt aus der Mitte der Bevölkerung, und die wird auch in Deutschland immer bunter, kulturell vielfältiger und damit kreativer.

Einfallsreichtum, Kreativität und digitaler Sachverstand sind auch die neuen Qualitäten, derer es bedarf, um nicht nur beruflich halbwegs unbeschadet durch die Corona-Krise zu kommen. Diese bewirke – laut Aussage Gerd Landsbergs, Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes – eine „Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung“. Das Vertrauen in die Kommunen und ihre Vertreter*innen sei enorm gewachsen. Ohne diese würde man in der Pandemie-Bekämpfung keinen Zentimeter weiterkommen. Eigeninitiative wird gefordert und entsprechend gefördert.

Trendforscher Eike Wenzel stellt fest, dass Bürgermeister*innen im Kopf weiter seien als viele Staatschefs bei den Themen Klima, Energie- und Mobilitätswende, Wohnen und Digitalisierung. Grund: Sie sind näher dran am Alltag der Menschen. Es ist ja auch ihr tägliches Brot, sich mit den Anforderungen auseinandersetzen und dabei einen guten Job zu machen. Sich auf die großen Ziele zu fixieren ist das eine, die lokalen Potenziale zu kennen und diese zu stärken das andere. Bestehende Strukturen nutzen und innovative Konzepte in der Fläche umsetzen – sei es bei der Flüchtlingsintegration, bezahlbarem Wohnraum, Nachbarschaftsinitiativen, beim Vereinsleben oder im Ehrenamt – ist eine Herkulesaufgabe. Damit macht man sich nicht nur Freunde. Viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen (nur neun Prozent der Städte und Gemeinden werden bundesweit von Frauen geführt) sehen sich zunehmend zum Teil heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Der Ton in der Politik ist rauer geworden und das bekommen die exponierten Ehren- und Hauptamtlichen oft am eigenen Leib zu spüren. Umso mehr freuen wir uns, drei Bürgermeister aus den brandenburgischen Städten Cottbus, Teltow und Eberswalde gewonnen zu haben, fünf Fragen zu zwei Themenkomplexen zu beantworten: Klimawandel, Flüchtlings- und Asylpolitik sowie die Auswirkungen der Covid-19-Problematik in ihren jeweiligen Kommunen.

„Opfer müssen gebracht werden“, waren Otto Lilienthals letzte Worte nach seinem letzten, weil tödlich geendetem Flugversuch. Den Corona-Schutzbestimmungen zum Opfer gefallen sind nicht nur sämtliche großen und kleinen kulturellen, gesellschaftlichen und sonstigen Präsenzveranstaltungen. Auch der jährlich vom VENROB e.V. und derzeit dem Ministerium für Finanzen und Europa abgehaltene „Round Table Entwicklungspolitik“ war davon betroffen. Die damit verbundenen Informationen der Input-Gebenden und teilnehmenden Akteur*innen sind aber nicht ersatzlos gestrichen: Vertreter*innen der Staatskanzlei, in der in dieser Legislation die Koordinierung der brandenburgischen Nachhaltigkeitsstrategie angesiedelt ist, und einiger Ministerien und brandenburgischen Nichtregierungsorganisationen haben ihre Statements verschriftlich und informieren über den gegenwärtigen Stand der Entwicklung.

So sieht die derzeitige Koalitionsvereinbarung keinen vollständigen Kurswechsel, sondern eine Fortschreibung der noch gültigen Landesnachhaltigkeitsstrategie vor, ausgerichtet an der Agenda 2030, unterstützt von einem noch einzurichtenden Nachhaltigkeitsbeirat. Auch dieses Rad musste gottlob nicht neu erfunden werden. Aus dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wird vermeldet, dass sich die Auswirkungen der Corona-Schutzmaßnahmen im Bildungsbereich besonders deutlich gezeigt haben. Schulschließungen ab dem 18. März führten zum teilweisen Abbruch oder Ende aller Projekte. Aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz kommt der Hinweis

auf die im Frühjahr 2020 erschienene Publikation „natürlich. nachhaltig. Wir in Brandenburg – Ziele und Aktivitäten verständlich erklärt“. Darin wird kurz und in einfacher Sprache die weiterhin gültige Nachhaltigkeitsstrategie erklärt – ein potenzieller Publikationsbestseller.

Krisen wirken wie Katalysatoren: Hat 2015 die „Flüchtlingskrise“ Probleme des Polizei- und Verwaltungswesens bundesweit offenbart, beschleunigt Corona 2020 in unvorhergesehenem Ausmaß die Digitalisierung in wirklich allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens. Über die Folgen für die Kommunikationsarbeit in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit wird aus dem Ministerium für Finanzen und für Europa berichtet.

Eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) soll Handlungsmöglichkeiten und Maßnahmen identifizieren, um Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) im Bewusstsein aller Hochschulmitglieder nachdrücklich zu verankern.

Ein recht ausführlicher Bericht zu den Schwerpunkten brandenburgischer Nichtregierungsorganisationen verschafft einen guten Überblick über die vielfältigen Aktivitäten unterschiedlicher Gruppierungen. Neben vielen anderen seien hier exemplarisch die BREBIT, die am IASS angesiedelte Nachhaltigkeitsplattform und der Veranstaltungskalender anlässlich der Einheitsexpo in Potsdam genannt.

„Gelebte Nachhaltigkeit“ haben sich die Mitglieder von Stadt-Land.move und des Bildungshauses Villa Fohrde auf die Fahnen geschrieben. Mit ihrem Konzept der Gewinnung öffentlicher Aufmerksamkeit, der Stärkung und des Coachings von Nachhaltigkeitsinitiativen, dem Aufbau eines regionalen Netzwerkes sowie dem Vorleben von Nachhaltigkeit im Alltag zeigen sie auf, wie sie zu einer zukunftsfähigen und global gerechten Entwicklung beitragen können.

„Gelebte Partnerschaften“ stellen die Promotorin des Diakonischen Werkes Teltow-Fläming e.V. und die Beigeordnete des Landkreises Teltow-Fläming im Rahmen der Klimapartnerschaft mit der namibischen Kommune Katima Mulilo vor.

Den Titel „Fairtrade-Town“ gibt es seit 20 Jahren zu erlangen. Während sich deutschlandweit bereits über 700 Kommunen um diese Auszeichnung verdient gemacht haben, ist das Engagement in Brandenburg mit Eberswalde, Neuruppin und Beelitz noch recht überschaubar. Dafür aber umso eindringlicher!

Das Format der Baruther Schlossgespräche hat sich im fünften Jahr seines Bestehens erfolgreich etabliert. Was zunächst noch „Neuland“ war, ist mittlerweile in allgemeines Grundverständnis übergegangen und sucht nach weiteren Ausrichtern im Norden Brandenburgs.

Über die zahlreichen Initiativen und Projekte wird aus der Spargelstadt und Fairtrade-Town Beelitz berichtet mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit in der Region zu fördern.

„Gelebte Städtepartnerschaft“ zeigt sich am Beispiel Potsdam-Sansibar, eine mit verschiedenen Inhalten wie Kooperationen, Spendenaktionen, Schulpartnerschaft und anderen Aktivitäten gelebte Beziehung mit dem Globalen Süden.

Und im Anhang finden Sie eine Mustererklärung, die Sie in Ihrer Kommune zur Diskussion stellen können, um die Agenda 2030 und die 17 Nachhaltigkeitsziele aktiv voranzubringen.

Potsdam im Corona-Dezember 2020

Heike Möller



Von toten Wildschweinen und der Globalisierung

Sie kennen vermutlich den in die Jahre gekommenen Vergleich von etwas als unbedeutend Angesehenem mit einem Reissack, der in China umgefallen ist? Nein, ich möchte jetzt nicht auf den zugespitzten Satz eines früheren brandenburgischen Ministerpräsidenten hinaus: „Ob wir in Brandenburg unsere beiden Kraftwerke Jänschwalde und Schwarze Pumpe schließen, hat auf das Weltklima ungefähr so viel Auswirkungen, als ob in China ein Sack Reis umfällt.“¹ Obwohl das natürlich auch zum Themenkreis dieses Heftes gehört.

Im September 2020 fällt in Schenkendöbern (Spree-Neiße) ein Wildschwein um: mit Afrikanischer Schweinepest – und die Volksrepublik China als der größte Abnehmer für Schweinefleisch aus Deutschland außerhalb der EU stoppt sofort dessen Import! Nicht nur für die deutschen Schweinehalter ein großes Problem. Durch die Einrichtung der Sperrzone mit Restriktionen in einem bis zu 25 Kilometer großem Radius, dem Nutzungsverbot von land- und forstwirtschaftlichen Flächen und dem Zutrittsverbot in der Kernzone wird zeitweise massiv in das kommunale Geschehen der betroffenen drei Landkreise eingegriffen. Ein anschauliches Beispiel für die Reichweite und Durchdringungsmacht der Globalisierung.

Es ist grundsätzlich angezeigt, auch die kommunale Ebene deutlich stärker einzubeziehen bei der Suche nach zukunftsfähigem Umgang mit der Globalisierung, nach Wegen einer nachhaltigen Entwicklung, den entsprechenden politischen Entscheidungen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden sollten und vor allem deren Umsetzung. Dies kann auch für unser Bundesland als ausbaufähig angesehen werden.

Bereits die im Nachhaltigkeitskontext vielzitierte UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio de Janeiro hatte dies mit ihrer Agenda 21 im Kapitel 28 „Kommunale Initiativen zur Unterstützung der Agenda 21“ beschlossen. So beispielsweise „28.3. Jede Kommunalverwaltung sollte in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ‚lokale Agenda 21‘ beschließen“. Für brandenburgische Kommunen liegt dazu meines Wissens keine gesicherte Statistik vor. Sicher ist jedoch, dass von den ohnehin wenigen Vorreiter*innen damals mit entsprechenden LA-21-Prozessen und Beschlüssen manche wieder eingeschlafen sind.

Wie auch in früheren Heften der FEB-Reihe bereits behandelt, gibt es bekanntlich inzwischen mit den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDG) der Vereinen Nationen, vereinbart auf deren Vollversammlung 2015, einen Kern für die 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung. Ziel 11, „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“, sieht sich immensen Herausforderungen gegenüber. Es wird prognostiziert, dass sich die rasante Tendenz zur Urbanität fortsetzt und um 2050 nur noch ca. 30 Prozent der Weltbevölkerung auf dem Land leben werden und sich bereits 2030 in mehr als 40 Megacities jeweils mehr als 10 Millionen Einwohner*innen drängen werden. Bereits jetzt stammen rund 70 Prozent aller CO²-Emissionen aus Städten.

In Brandenburg wird es darauf ankommen, den ländlichen Raum zu stärken und lebenswert zu halten bzw. zu gestalten, nicht zuletzt orientiert an den SDG. Denn dem berechtigten Anspruch „Brandenburgs Grundlage sind starke Städte und Gemeinden“² erwachsen auch diesbezügliche Verpflichtungen. Die 2019 fortgeschriebene Nachhaltigkeitsstrategie des Landes – u. a. mit einem

¹ www.super-illu.de, (Memento vom 12. Mai 2008 im Internet Archive).

² „Brandenburgs Grundlage sind starke Städte und Gemeinden“. Beschlossen vom Präsidium des StGB Brandenburg am 8.10.2018 in Falkensee.

Handlungsschwerpunkt „Lebenswerte Dörfer und Städte“ bietet Voraussetzungen, diese als lebendig, familienfreundlich, „grün“, als weltoffen für Menschen, Jobs, Kulturen etc. zu entwickeln. Dazu kann z. B. auch der Austausch mit Kommunen des Globalen Südens beitragen, den einige Städte in Brandenburg bereits nutzen. In dieser Hinsicht sind die Baruther Schlossgespräche ein kleines, aber feines Format, das nunmehr seit fünf Jahren die Engagierten immer wieder mit neuen Erfahrungen, Impulsen und Ermutigungen ausstattet.

Falls Sie an dieser Stelle einen interessanten Absatz zu so etwas wie „Corona/Covid-19 von global bis kommunal“ vermissen sollten – entwerfen Sie bitte selbst einen ...

Uwe Prüfer, 2. Sprecher VENROB e.V.



Fünf Fragen an drei Bürgermeister brandenburgischer Städte



Oberbürgermeister Holger Kelch
Cottbus



Bürgermeister Thomas Schmidt
Teltow



Bürgermeister Friedhelm Boginski
Eberswalde

Die Aufgaben eines Bürgermeisters sind sehr vielschichtig. Dabei gilt es nicht nur, die unmittelbaren Interessen der Kommune zu vertreten. Es hilft auch, das globale Geschehen im Auge zu behalten, um die Auswirkungen auf der Mikroebene zu verstehen. Die Corona-Krise entwickelt eine zusätzliche kritische Dynamik. Dort, wo es zuvor schon Probleme gab, haben sich diese verstärkt. Mehrausgaben treffen auf wegbrechende Einnahmen. Hilfsprogramme verlangen bürokratische Vorarbeit, zusätzlich zum administrativen Alltag.

Begleitet werden die Geschehnisse vor Ort dabei von den Auswirkungen des Klimawandels. So ist bekannt, dass klimatische Veränderungen regional zu Dürren und Verteilungskämpfen füh-

ren, die weltweit Fluchtbewegungen auslösen. Mit deren Folgen sind auch wir in Brandenburg auf unterschiedlichen Ebenen konfrontiert. In den Klimazielen der Weltgemeinschaft wurden 2015 die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) mit ihren 169 Unterzielen vereinbart. Die brandenburgische Landesregierung anerkennt in ihrer Koalitionsvereinbarung die Notwendigkeit zu mehr breit aufgestellter Nachhaltigkeit, um den Klimazielen gerecht zu werden.

Was verlangt es den Kommunen ab, sich umweltgerechten und klimaneutralen Konzepten für Verkehr, Energie, Landwirtschaft, etc. zuzuwenden? Wie wirkt sich die Flüchtlings- und Asylpolitik auf ein friedliches Miteinander in den Kommunen aus?

Oberbürgermeister Holger Kelch (Cottbus)

Die Stadt Cottbus/Chósebus hat durch die Teilnahme am Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ und dem Gewinn des Newcomer-Preises den wichtigen Impuls bekommen, sich neben der schon gut funktionierenden Integrationsarbeit auch über die weitreichenderen Themenfelder der nachhaltigen Entwicklung in einer globalen Welt weitere Gedanken zu machen. Hier gehen wir erste Schritte, die benannten Themenfelder kommunaler Entwicklungs-, Klima-, Bildungs- und Integrationsarbeit zusammenzudenken und uns detailliert mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 auseinanderzusetzen. Eine abgestimmte und auf die lokalen Besonderheiten achtende Strategie soll dafür entwickelt werden. Dazu wird es notwendig sein, zunächst die 17 Ziele bekannt zu machen und sich mit den Indikatoren zu beschäftigen, Schwerpunkte für Cottbus festzulegen und in allen zu erstellenden Konzepten, Visionen und Plänen diese mitzudenken und zu implementieren. Dies ist die größte Herausforderung, um politische Entscheidungsträger genauso zu überzeugen, wie handelnde Akteure in Wirtschaft, Verwaltung und Bildung.

Die größte Herausforderung bleibt demnach die politische Aushandlung im lokalen Kontext zu den Themen, die Position als Kommune mit Haushaltssicherungskonzept in der Abstimmung und ggf. Auseinandersetzung mit der Kommunalaufsicht über notwendige und freiwillige Aufgaben und das koordinierende und systematische Zusammenführen und Bündeln von Prozessen an einer Stelle, letztlich also die Finanzierung von Kommune insgesamt. Dies ist uns explizit gelungen bei der Integration von Geflüchteten, wie wir in der Wirkungsanalyse zur Migrationssozialarbeit nachweisen konnten: https://www.cottbus.de/verwaltung/ob/buero_ob/bildung_integration/

Öffentliche Beschaffung unter den Stichpunkten Nachhaltigkeit, faire Beschaffung und Klimaneutralität ist als weitere große Herausforderung anzusehen.

Wo sind die Auswirkungen der Klima- und Corona-Krise in Ihrer Kommune besonders drastisch sichtbar?

Klima:

- Wassermenge in Flüssen und Seen
- Dürre im Sommer (Trockenheit)
- Baumbestand insbesondere im Branitzer Park

Corona:

- Kinder mit herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung (Migration, sozioökonomische Lage, Milieuzugehörigkeit, Kinderarmut) sind die Bildungsverlierer in der Corona-Krise
- Digitalisierung Schulen/Verwaltung

Welche Maßnahmen ergreifen Sie dagegen?

Vieles ist lokal nur schwer umsetzbar. So liegt das Wassermanagement in Flüssen etc. als Aufgabe und Kompetenz länderübergreifend in Brandenburg und Sachsen. Zugleich hat die Stadt Cottbus/Chósebus u.a. mit einem Entnahmeverbot aus Oberflächengewässern reagiert. Im Rahmen des Strukturwandels wird der Cottbuser Ostsee entstehen; dazu wird der frühere Tagebau Cottbus-Nord geflutet. Das Hafenviertel auf Cottbuser Seite soll CO²-neutral gebaut und betrieben werden und gleichzeitig ein Eckpunkt neuer Stadtentwicklung zwischen Altstadt-Zentrum und See werden. Von dieser Verbindung sollen weitere klimagerechte Impulse ausgehen.

Beteiligung am Digitalpakt Schule mit entsprechenden Förderanträgen sowie den Konzepten der einzelnen Schulen

Worin sehen Sie die größte Herausforderung, die Ihrer Kommune bevorstehen könnte?

Die größte Herausforderung derzeit ist der mehr als 30 Jahre andauernde Transformationsprozess seit dem politischen Umbruch 1989/1990, der sich in wiederkehrenden Problemlagen manifestiert. Hierzu zählen insbesondere der regionale Strukturwandel seit 1989 (Kohle, Energie, Textilindustrie, Agrar-

wirtschaft), der aktuelle europäische/globale Industrie- und Arbeitsumbruch (Deindustrialisierung, Digitalisierung, Dienstleistungsmajorität), die intra- und internationalen Migrationsbewegungen seit 1989/2015 (Abwanderung, Fachkräftemangel, Einwanderung), die demografische und soziale Entwicklung (Überalterung, soziale Armut, vorschulische Defizite) sowie die Metropolisierung (Sogwirkung Berlin/Dresden) und Mikro-Wanderungen (ländliche Entvölkerung) im Oberzentrum Cottbus/Chósebuz.

Die Gestaltung des neuesten Strukturwandels (Ausstieg aus der Kohle) ist Herausforderung und Chance zugleich. Konkret zu nennen sind u. a. der Umbau und die Profilierung des Instandsetzungswerkes der Bahn sowie der Aufbau einer universitären Mediziner Ausbildung. Der Strukturwandel muss dabei nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial, kulturell und generationengerecht bewältigt und gestaltet werden.

Bundesweit haben sich einige Kommunen dafür ausgesprochen, Geflüchtete in ihrer Kommune aufzunehmen. Wie beurteilen Sie die Stimmungslage in Ihrer Kommune dazu?

Die Stadt Cottbus teilt bei der Beantwortung dieser Frage die geflüchteten Menschen in zwei Gruppen: 1) Personen im Asylverfahren und mit Duldung und 2) Personen mit Asylanerkennung und Bleiberecht. Für die Personengruppe 1 hat die Stadt Cottbus seit Jahren die Quote mehr als übererfüllt (+170 Personen). Bei der Gruppe 2 gab es ab Sommer 2016 einen großen Zuzug (von knapp 3.000) nach Cottbus.

Damit war Cottbus die Hauptzuzugsstadt in Brandenburg. Die Hauptschwerpunkte der Stadt Cottbus liegen daher bei der Versorgung und nachhaltigen Integration der Geflüchteten in die Stadtgesellschaft sowie bei der Sicherstellung eines gedeihlichen Zusammenlebens. Grundsätzlich lehnt die Stadt Cottbus eine zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten nicht ab. Dazu gab es einen entsprechenden Stadtratsbeschluss. Aber in den Jahren 2016 bis 2018 musste die Stadt sehr vehement um

Unterstützung in Form von infrastruktureller und finanzieller Art beim Land kämpfen, um die Herausforderungen der Integration bewältigen zu können. Eine gleichmäßige und solidarische Verteilung von Verantwortung bei der Aufnahme und Versorgung im Flächenstaat Brandenburg scheint daher dringend geboten.

Woran denken Sie, wenn Sie an Ihrem Lieblingsort in Ihrer Stadt sind, und was wünschen Sie sich dabei?

Ich wünsche mir, dass man unserer Stadt unvoreingenommen begegnet, uns besucht und sich ein eigenes Bild von Cottbus/Chósebuz, ihren Problemen und Chancen bspw. im Strukturwandel macht und dabei gern den Blick über den entstehenden Cottbuser Ostsee schweifen lässt. Dazu lade ich herzlich ein.

Bürgermeister Thomas Schmidt (Teltow)

Wo sind die Auswirkungen der Klima- und Corona-Krise in Ihrer Kommune besonders drastisch sichtbar?

Klimatische Veränderungen wirken sich durchaus auch kleinteilig in Kommunen aus – oft auf den ersten Blick nicht erkennbar und doch mit aller Nachhaltigkeit! So ist zum Beispiel das Versanden von kleineren Gewässern im gesamten Land Brandenburg nichts Unübliches und gilt als deutliches Signal für Klimaveränderungen. Auch die Tatsache, dass sich Kommunen immer mehr mit dem gegenüberstehenden Problem von Starkregenereignissen im Wasser- und Abwasserbereich auseinandersetzen müssen, ist Folge von klimatischen Veränderungen. Konkret müssen wir uns als Kommune mit finanziellen Auswirkungen auseinandersetzen, die im Ergebnis das Resultat solcher Entwicklungen sind.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie dagegen?

Für uns heißt es konkret, die Entwicklung der Stadt in einem gesunden Maß voranzutreiben

und dabei die ökologische Bilanz nicht außer Acht zu lassen. Dies alles, verbunden mit einer intensiven Form der Bürgerbeteiligung, ist eine Herausforderung, der man sich landesweit stellen muss. Ein Weniger an Versiegelungen, ein Mehr an Grünzonen und eine städtebauliche Entwicklung, die nachhaltig orientiert ist: Das sind die perspektivisch zu ergreifenden Maßnahmen vor Ort.

Worin sehen Sie die größte Herausforderung, die Ihrer Kommune bevorstehen könnte?

Vielerorts ist der sogenannte Strukturwandel, gerade in den neuen Bundesländern, mehr oder weniger abgeschlossen. Damit einhergehende, infrastrukturelle Änderungen müssen von den Kommunen oft mühselig abgedeckt werden. Soziale Infrastrukturen, die letztlich oft auch der Schlüssel zu sozialem Frieden sind, müssen sich in kommunalen Haushalten widerspiegeln. Wenn Kommunen hier in Notlagen geraten, heißt es oft mit emotionalen Schieflagen umzugehen, die das gemeindliche Miteinander infrage stellen können.

Bundesweit haben sich einige Kommunen dafür ausgesprochen, Geflüchtete in ihrer Kommune aufzunehmen. Wie beurteilen Sie die Stimmungslage in Ihrer Kommune dazu?

Die Aufnahme von Geflüchteten ist in unserer Kommune eine Selbstverständlichkeit und gehört auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zum völlig normalen Umgang. Es wird sich allseits bemüht, Integration so leicht und einfach wie möglich zu gestalten und gleichzeitig das soziale Miteinander in der Stadt zu befördern.

Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen will behutsam begleitet werden! Die dafür geschaffenen Angebote, auch generationsübergreifend, sind auch von den politisch Verantwortlichen vor Ort immer positiv begleitet worden und ließen keinen Raum für Zwiestracht. Insofern kann die Stimmungslage vor Ort als ausgesprochen gut betrachtet werden, auch wenn sich eine hohe Anzahl von Migrantinnen und Migranten im Ort befindet.

Woran denken Sie, wenn Sie an Ihrem Lieblingsort in Ihrer Stadt sind, und was wünschen Sie sich dabei?

Der Aufenthalt an meinem Lieblingsort gestaltet sich tatsächlich oft mit dem Gedanken an die Zukunft: Mögen sich zum einen die unterschiedlichen Generationen aber auch der Bevölkerungsmix in einem Miteinander üben, das die Gesellschaft auch durch schwere Zeiten trägt. Dieses Miteinander betrachte ich als tragende Säule unserer Gesellschaft und es stellt sich somit als mein Wunsch für die Zukunft dar.

Bürgermeister Friedhelm Boginski (Eberswalde)

Wo sind die Auswirkungen der Klima- und Corona-Krise in Ihrer Kommune besonders drastisch sichtbar?

Städte erleben durch Krisen einen ständigen Strukturwandel, der den Menschen enorme Anpassungsleistungen abverlangt. Neben den Herausforderungen des klimatischen Wandels (z. B. Waldschäden durch Trockenheit) und der Flüchtlingskrise (u. a. Integration, insbesondere in Schulen und Kitas) hat auch die Corona-Krise vielschichtige Auswirkungen auf die Stadt Eberswalde (u. a. auf Handel, Wirtschaft, das soziale Miteinander, Sport und Kultur).

Welche Maßnahmen ergreifen Sie dagegen?

Erstens hat die Stadt Eberswalde Maßnahmen zur finanziellen Abfederung getroffen.

Zweitens haben wir uns bemüht, Kulturveranstaltungen nicht abzusagen, sondern – soweit möglich – in anderer Form digital, dezentral oder auch zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen. Dabei wurden insbesondere neue Formate für Kultur, Bildung und Sport entwickelt.

Drittens ist es auch in der Krise wichtig, die Zukunftsplanungen für die Stadtentwicklung fortzuführen: Mit einem „Mobilitätsplan

2030+“ werden z.B. derzeit Verkehrsentwicklungs-, Lärmaktions- und Luftreinhalteplanung sowie das Mobilitätsmanagement zusammengefasst. Ebenso wurde im Jahr 2020 unter dem Motto „Eberswalde 2035“ ein Diskussionsprozess zur Entwicklung unserer Stadt angestoßen, unter anderen unter den folgenden Gesichtspunkten:

- die lebendige Stadt (Wohnen, Stadtstruktur, Tourismus, Kultur ...),
- die kluge Stadt (Bildung, lebenslanges Lernen ...),
- die klimagerechte Stadt (Klimaschutz, Klimaanpassung, Mobilität, Grün ...),
- die wirtschaftlich starke Stadt (Arbeiten, Digitalisierung, Stadtmarketing ...),
- die solidarische Stadt (Beteiligung, Stadt gemeinsam gestalten, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Inklusion, lokale Demokratie ...) und
- die kooperative Stadt (Daseinsvorsorge, Mittelzentrum, regionale Kooperation ...).

Dabei ist mir die Partizipation der Bürgerinnen und Bürgern schon immer ein großes Anliegen gewesen. In der Corona-Krise musste und muss man Partizipation neu denken. Wir haben

dafür neue Formate entwickelt, z.B. eine digitale Bürgermeistersprechstunde und digitale Einwohnerversammlungen.

Worin sehen Sie die größte Herausforderung, die Ihrer Kommune bevorstehen könnte?

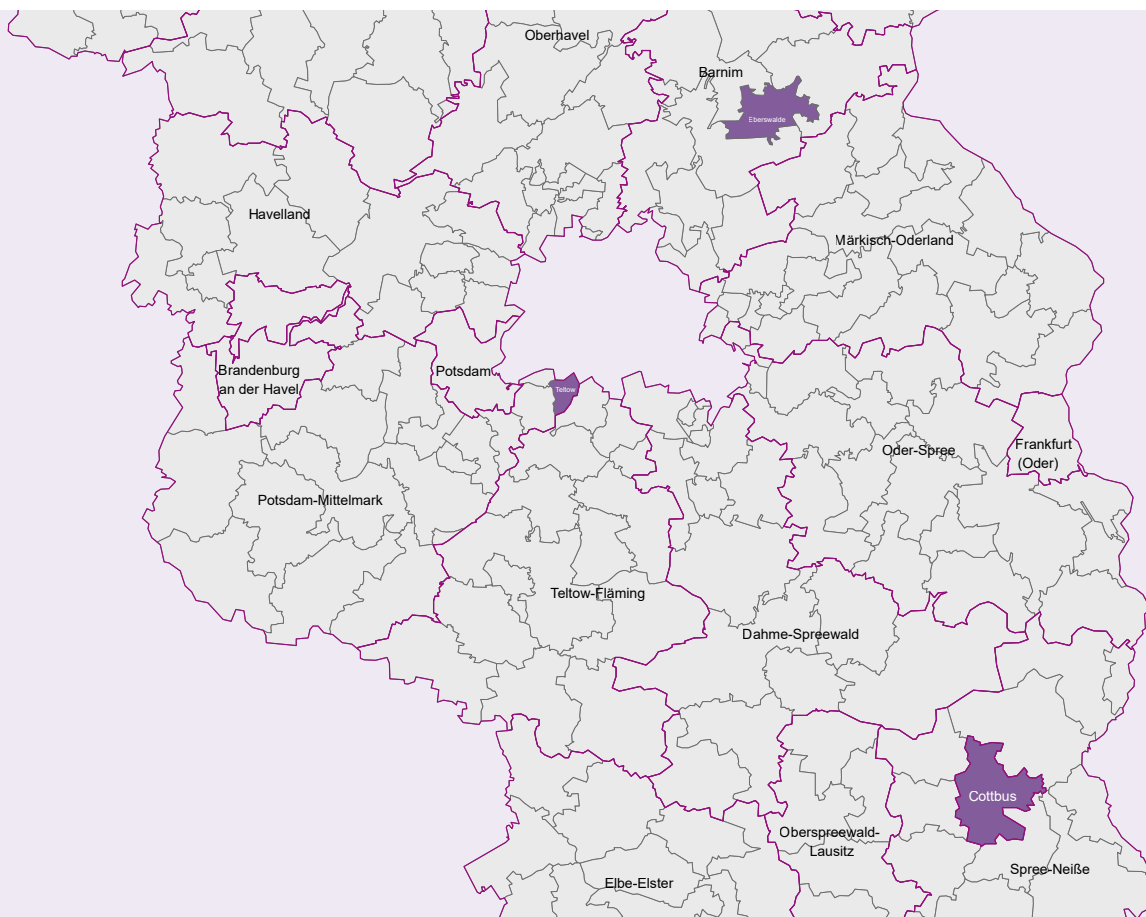
Die größte Herausforderung ist, das soziale Miteinander der Stadtgesellschaft aufrechtzuerhalten und dabei Spaltungen zu vermeiden sowie Gruppendifferenzen abzubauen.

Bundesweit haben sich einige Kommunen dafür ausgesprochen, Geflüchtete in ihrer Kommune aufzunehmen. Wie beurteilen Sie die Stimmungslage in Ihrer Kommune dazu?

Dies wäre möglich, aber die anstehenden Probleme sind ausreichend.

Woran denken Sie, wenn Sie an Ihrem Lieblingsort in Ihrer Stadt sind, und was wünschen Sie sich dabei?

Meine Lieblingsorte: Natur, Rathaus, Garten, Stadtmitte. Ich denke an Frieden, an Dankbarkeit für das Leben und an die Zukunft meiner Kinder und Enkelkinder.



Round Table Entwicklungspolitik in Brandenburg 2020

Schriftliche Beiträge zum 11. Round Table Entwicklungspolitik am 13. November 2020. Eine Alternative zur üblicherweise veröffentlichten Dokumentation der Präsenzveranstaltung

Die Steuerungsgruppe des Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg musste sich bekanntlich mit großem Bedauern zu einer Absage des als Präsenzveranstaltung am 13.11.2020 geplanten 11. Treffens entscheiden. Sie hat sich darauf verständigt, dafür am 13.11.2020 einige relevante Beiträge zu unseren Themen per Mail an die Stakeholder zu senden.

Zum Monitoring der Entwicklungspolitischen Leitlinien

Staatskanzlei, Dr. Georg Dybe

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen von Ende 2019 wurde festgehalten, dass die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes überarbeitet und an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen („Ziele für nachhaltige Entwicklung“) ausgerichtet werden soll. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte zur Umsetzung dieser Festlegung aus der Koalitionsvereinbarung noch kein förmlicher Kabinettsbeschluss herbeigeführt werden. Es wurde aber im August 2020 eine interministerielle Arbeitsgruppe innerhalb der Landesregierung eingerichtet, die unter Federführung der Staatskanzlei u. a. die Nachhaltigkeitsstrategie voranbringt.

Klar ist schon jetzt, dass es keinen vollständigen Kurswechsel gegeben muss. Denn schon die Fortschreibung der Landesnachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2019 folgte mit der Ausrichtung an den „Zielen für nachhaltige Entwicklung“ der dann später in der Koalitionsvereinbarung festgehaltenen Leitlinie. Insofern besteht die bisherige Nachhaltigkeitsstrategie fort. Es wird aber konzeptionelle Änderungen und Ergänzungen geben. Was das genau sein wird, ist im Einzelnen noch zu erörtern und abzustimmen. Viel spricht dafür, dass ein Schwerpunkt auf innovativer Regionalentwicklung liegen wird.

Ein Expert*innengremium, der Nachhaltigkeitsbeirat, soll die Landesregierung u. a. in Sachen Nachhaltigkeitsstrategie beraten. Zum Nachhaltigkeitsbeirat läuft gegenwärtig das Kabinettsverfahren.

**Ministerium für Bildung, Jugend und Sport,
Ramona Krautz**

Dieses Jahr hat die Corona-Pandemie allen „einen Strich durch die Rechnung gemacht“: Schulschließungen ab dem 18.3.2020. Dadurch konnten zunächst alle Projekte nicht bzw. nicht weiter durchgeführt werden. Externe Partner*innen haben ihre Angebote umgestellt; stellenweise auf digitale Angebote

bzw. so, dass diese mit weniger Schülerinnen und Schülern vor Ort durchführbar waren. Nachfolgend einige Angebote:

GEKO: „Bildung zur Demokratie am praktischen Beispiel: Entscheidungsprozesse zum Klimaschutz“ (Laufzeit 1.9.2019 bis 30.6.2020, Förderung MBSJ)

An weiterführenden und beruflichen Schulen in verschiedenen Regionen Brandenburgs wurden Projektstage oder Doppelstunden zu demokratischen Prozessen am Beispiel Klimaschutz durchgeführt. An den Projekttagen wurden dazu vom Träger weiterentwickelte Planspiele bzw. Simulationen eingesetzt. In den Doppelstunden fand in Vorabsprache zu den Bedarfen der jeweiligen Schule ein Mix aus einführenden Informationen und interaktiver Gruppenarbeit statt.

Das Projekt wirkt als Angebot, welches die übergreifenden Themen des Rahmenlehrplans Globales Lernen / BNE, Demokratie- und Europabildung auf innovative, lebensweltnahe Weise verbindet. Das Thema Klimaschutz beschäftigt junge Menschen sehr, wie bspw. die Fridays-for-Future-Bewegung zeigt. Das Projekt ermöglicht die Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb der Schule anhand eines methodisch-didaktisch fundierten Konzepts, das individuelle Bedarfe der jeweiligen Schule berücksichtigt.

Deutsche Gesellschaft e.V.: „Deutschland in Europa. Europa in Deutschland – schulische Zukunftswerkstätten zur EU“ (Laufzeit 15.9.2020 bis 28.2.2021, gemeinsame Förderung MfFE und MBSJ)

Die Deutsche Gesellschaft e.V. sensibilisiert mit dem Projekt für den europäischen Einigungsprozess, mit Fokus auf 1989/90. Hierzu wird ein interaktives und niedrigschwelliges Format gewählt, um das Thema Wiedervereinigung in die Diskussion über europäische Zukunftsfragen zu integrieren. Das Angebot richtet sich an alle weiterführenden und beruflichen Schulen ab Jahrgangstufe 9. Im Ergebnis entstehen von den Jugendlichen gestaltete „digitale Pinnwände“,

die dann über die Webseite des Trägers für alle Brandenburger Schulen verfügbar sind.

GEKO: 80 Schul-Doppelstunden „30 Jahre Wiedervereinigung 2020“ (Laufzeit 15.8.2020 bis 28.2.2021, Förderung MBSJ)

Das Projektkonzept ermöglicht die vertiefte Auseinandersetzung mit verschiedenen Themen rund um die Wiedervereinigung (z.B. Alltagswelt in Ost- und Westdeutschland, Besonderheiten der friedlichen Revolution, innen- und außenpolitische Faktoren) in kleineren Lernsettings. Zentral sind dabei die Auswirkungen der Veränderungsprozesse seit 1989/90 und welche Bedeutung sie konkret noch heute auch für jüngere Menschen haben. Zur ansprechenden Umsetzung wird begleitend ein dynamisches Präsentationsprogramm eingesetzt, das interessengeleitet die einzelnen Schwerpunkte mit Grafiken, Hintergrundinformationen, Filmeinspielungen oder Ähnlichem illustriert. Dabei kann die Grundkonzeption bedarfs- und altersgerecht angepasst werden. Zielgruppe sind alle weiterführenden und beruflichen Schulen ab Jahrgangstufe 9.

Stiftung für Engagement und Bildung „Heimat 2.0 – vom Verlassen, neu Anfangen und Zusammenleben“ (Laufzeit 1.2.2020 bis 31.12.2020)

Das Projekt besteht aus zwei Säulen: Durchführung von Schulprojekttagen und Erstellung einer digitalen Lern- und Lehrplattform zur Vermittlung pädagogischer Module zum Thema „Flucht, Migration, Integration und Zusammenleben“. Ein Schwerpunkt soll darin liegen, Jugendlichen Fachwissen zur aktuellen gesellschaftlichen und politischen Debatte zum Thema Migration und Integration zu vermitteln. Darüber hinaus sollen Werte des interkulturellen Zusammenlebens und einer offenen und toleranten Willkommengesellschaft vermittelt werden. Die Schülerinnen und Schüler werden in ihrer kritischen Auseinandersetzung mit politisch motivierten Aussagen und den Umgang mit Falsch- und fremdenfeindlichen Aussagen geschult. Sie entwickeln schließlich Handlungsoptionen, wie sie selbst zu einer offenen und toleranten Gesellschaft beitragen können.

Carpus e. V. „Handbuch Globales Lernen – eine Anleitung für die Bildungspraxis“ (Laufzeit 15.1.2020 bis 31.12.2020)

Im Rahmenlehrplan ist das übergreifende Thema Nachhaltige Entwicklung / Lernen in globalen Zusammenhängen verankert. Für den überwiegenden Teil der Lehrkräfte sind diese Themen neu und es fehlt ihnen an Erfahrung in der pädagogischen Umsetzung der Inhalte. Den Lehrkräften soll mit dem Handbuch Hilfestellungen an die Hand gegeben werden, um ihre Arbeit bestmöglich auszuführen. Einige Schulbücher enthalten bereits in ihren Neuauflagen Unterrichtsbausteine zu Themen des Globalen Lernens. Auch der von der KMK verabschiedete Orientierungsrahmen „Globale Entwicklung“ wurde mit Praxisbeispielen erweitert und viele NGO haben eigene Lernmaterialien entwickelt, die sie den Lehrkräften zur Verfügung stellen. Da es aber weiterhin an Literatur fehlt, die sich mit den Stolpersteinen der pädagogischen Vermittlung von entwicklungsbezogenen Inhalten beschäftigt, soll ein Handbuch Globales Lernen erstellt werden. Bei der Erstellung werden Brandenburger Lehrkräfte mit einbezogen. Somit wird sichergestellt, dass die Arbeitshilfe so gestaltet ist, dass sie Lehrkräften von Nutzen ist.

World University Service (WUS) e. V. „Grenzenlos – Globales Lernen in der beruflichen Bildung“ (Laufzeit 10.1.2020 bis 31.12.2020)

Mit dem Projekt soll das Ziel, Themen der Nachhaltigkeit sowie entwicklungspolitische, Umwelt- und Globalisierungsthemen stärker in die berufliche Bildung zu tragen, umgesetzt werden. Es ist wichtig, diese Themen auch in der beruflichen Bildung zu stärken, damit junge Menschen in Deutschland befähigt werden, globale Entwicklungen auch beruflich und im beruflichen Umwelt mitzugestalten. Dieses Ziel wird auch in der Neuauflage des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung sowie durch das Weltaktionsprogramm BNE hervorgehoben. Das Projekt ist in vier Hauptmaßnahmen mit jeweils vier Zielen gegliedert.

Demokratie und Integration Brandenburg e. V. (RAA Brandenburg) „17. BREBIT 2020 (Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage)“ (Laufzeit 1.1.2020 bis 31.12.2020)

Die BREBIT greifen globale/entwicklungspolitische Themen auf und laden Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrkräfte zum Mitmachen ein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in Projekttagen, Fortbildungen, Workshops, Ausstellungen, Lesungen oder Filmvorführungen zum Nachdenken angeregt und zum solidarischen Handeln motiviert. Im Jahr 2020 ist das Thema: „Vernetzen, verändern, gestalten! Digitalisierung und globale Gerechtigkeit“. Gemeinsam mit den Teilnehmenden wird nach Antworten auf die Frage „Wo und warum wir Teil globaler Ungerechtigkeiten sind“ und nach Wegen zur global gerechten Gestaltung der Gesellschaft in Brandenburg gesucht. Es findet interkulturelle, verbindende Arbeit im Land Brandenburg statt und gleichzeitig stellen rechtspopulistische Tendenzen ein Problem dar. Struktureller Rassismus, fehlende aktive Begegnungen miteinander sowie offene rassistische Haltungen in einigen Teilen der Brandenburger Bevölkerung beeinflussen die gesellschaftliche Dynamik. In diesem Spannungsfeld gilt es, die Bildungsarbeit der BREBIT so zu verorten, dass sie globale Fragen in den Blick nehmen und in ihrer lokalen Relevanz überzeugend vermitteln.

Darüber hinaus hat die KMK in der 42. KW die überarbeitete Empfehlung „Europabildung in der Schule“ verabschiedet.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, Dr. Martin Pohlmann

Im Frühjahr 2020 erschien die Publikation „natürlich. nachhaltig. Wir in Brandenburg – Ziele und Aktivitäten verständlich erklärt“. Darin erklärt das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz kurz und in einfacher Sprache die weiterhin gültige Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2014 und deren Fortschreibung aus dem Jahr 2019. Es wird darin beschrieben, was unter einer Nach-

haltigen Entwicklung zu verstehen ist und welche 33 Ziele sich das Land zur Umsetzung der 17 Globalen Nachhaltigkeitsziele gesetzt hat. Zu jedem Ziel werden die geplanten Maßnahmen und zumeist ein gutes Beispiel aus dem Land beschrieben. Die Agentur Capito Berlin hat den Text abschließend einer zielgruppenspezifischen Prüfung unterzogen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse eingearbeitet. Die Broschüre lässt sich unter <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/ueber-uns/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/detail/~01-08-2020-nachhaltigkeit-in-brandenburg-ziele-und-aktivitaeten-verstaendlich-erklaert> bestellen oder als barrierefreie PDF-Datei downloaden.

Mit der Strategiefortschreibung 2019 wurde auch eine offline und online arbeitende Austauschplattform ins Leben gerufen. Während der ca. eineinhalbjährigen Pilotphase fand unter anderem im November 2019 eine Plenumsveranstaltung zum Thema „Zukunft Flächenland Brandenburg: Herausforderung für Regionalentwicklung und Nachhaltigkeit“ statt, an der über 100 Personen teilnahmen. Auf dieser wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die ihre Ergebnisse auf der Abschlussveranstaltung im September 2020 dem MLUK und weiteren Vertreter*innen der Landesverwaltung vortrugen. Aufgrund der erfolgreichen Pilotphase soll die Nachhaltigkeitsplattform für vier weitere Jahre fortgesetzt werden.

Ministerium der Finanzen und für Europa, Detlev Groß

In der neuen Landesregierung liegt die federführende Zuständigkeit für Nachhaltige Entwicklung in der Staatskanzlei. Die Kommunikationsarbeit zu Themen der Internationalität, EU- und Entwicklungspolitik, die in der letzten Legislatur im damaligen Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz verortet war, wird mit Wechsel der zuständigen Abteilung nunmehr im Ministerium der Finanzen und für Europa wahrgenommen. Hier wiederum wurde eine Stabsstelle „Internationalisierung, europapolitische Kommunikation

und Zivilgesellschaft, Europafähigkeit der Landesverwaltung“ eingerichtet. Grundsätzlich wurden die bisherigen Maßnahmen der Kommunikationsarbeit zu internationalen Themen hier übernommen.

Im laufenden Jahr wurden so auch weiterhin Projekte von Vereinen in den genannten Themenbereichen unterstützt.

Beispiele

- In Zusammenarbeit mit dem MBSJ wurden die „Brandenburgischen entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage“ (BREBIT) unterstützt.
- In Kooperation mit dem „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (BMZ) wurde das sogenannte Promotor*innenprogramm gefördert.
- Die Dialogserie „GloboLokal“ wurde in Zusammenarbeit mit dem MLUK und in Kooperation mit der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (Organisation der „Engagement Global/BMZ“) geplant.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben allerdings dazu geführt, dass nicht alle Maßnahmen oder Projekte wie geplant durchgeführt werden konnten oder sogar abgesagt werden mussten.

Das betrifft insbesondere Veranstaltungen, die bisher vom direkten Austausch (sogenannte Präsenzveranstaltungen) profitierten, wie zum Beispiel die genannte Dialogserie in Zusammenarbeit mit zehn verschiedenen brandenburgischen Kommunen.

Angesichts der Corona-Pandemie hat die Inanspruchnahme digitaler Formate in der Kommunikationsarbeit 2020 deutlich zugenommen. Auf einige Erfahrungen der vergangenen Jahre konnte zurückgegriffen werden (zum Beispiel Durchführung von Videokonferenzen/Webseminaren etc.). Allerdings zeichnet sich das Jahr 2020 dadurch aus, dass die vermehrte Nutzung der zur Verfügung stehenden Technologie

doch eher als „Testphase“ zu sehen ist. 2021 wird eine weitergehende Professionalität der zukünftig vermehrt „digitalen Kommunikationsarbeit“ seitens Landesregierung und Projektträgern erwartet.

Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Dr. Jennifer Maria Krahl

Die Zielsetzungen für eine wirkungsvolle BNE sind in den derzeit geltenden Brandenburger Hochschulverträgen für die Jahre 2019–2023 vereinbart. Diese zwischen dem MWFK und den acht staatlichen Hochschulen geschlossenen Hochschulverträge 2019–2023, Abs. III.12 Bildung für nachhaltige Entwicklung, gelten für alle der rund 11.000 Mitarbeitenden und 50.000 Studierenden.

Die wichtigste Maßnahme für die Umsetzung der Ziele der Vereinbarungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Brandenburger Hochschulen haben unter Federführung der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet. Es ist deren zentrale Auf-

gabe, relevante Handlungsfelder, Gelegenheiten und Maßnahmen zu identifizieren, die dabei behilflich sind, das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Bewusstsein aller Hochschulmitglieder zu verankern. Dabei sind alle Maßnahmen einerseits hochschulübergreifend, andererseits aber auch –spezifisch.

Die gemeinsame Arbeitsgruppe ist aus 22, von den Präsident*innen der 8 Hochschulen, benannten Vertreter*innen gebildet worden.

Sie ist dabei wie folgt strukturiert:

- (Vize-)Präsidien
- zentrale Einrichtungen
- Fachbereiche
- Koordinationsstelle (HNEE Eberswalde)

Die fachliche Leitung hat Prof. Dr. Heike Mollitor. Die Leitung der Koordinationsstelle liegt bei Dr. Jennifer Maria Krahl. Mitarbeiter: Julian Reimann und Wissenschaftliche Hilfskräfte

Weitere Informationen:

<http://NaHoBB.de> |

<https://www.hnee.de/K6952.htm>

Round Table

Seit 2010 ist VENROB e.V. der Partner des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (seit 2014 des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz) des Landes Brandenburg bei der Durchführung des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg.

Mit der 1. Veranstaltung des Gremiums am 3. Dezember 2010 wurde der Grundstein zu einem kontinuierlichen Austausch zwischen entwicklungspolitischen Stakeholdern und der Landesregierung gelegt.

Die entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung sind am 1. Juni 2012 nach Mitarbeit des Round Table veröffentlicht worden und werden von diesem bei den jährlichen Treffen einem Monitoring unterzogen.

Am Round Table Entwicklungspolitik wird der gesellschaftliche Dialog zur weiteren Umsetzung der am 30.5.2012 beschlossenen entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung fortgesetzt.

Zielstellung der jährlichen Treffen ist es,

- ein Monitoring vorzunehmen bzgl. der bisherigen Umsetzung der Leitlinien.
- die Komplementarität der Leitlinien mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung zu verstärken unter besonderer Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Aspekte.
- je nach aktueller Situation bestimmte Schwerpunktsetzungen zu diskutieren
- weitere Koordinierung und Planung vorzunehmen.

Zu einigen Schwerpunkten der brandenburgischen NGO

Zusammengestellt von Uwe Prüfer
(VENROB e.V.)



Als Ergebnis der Landtagswahlen im September 2019 hat sich bekanntlich eine Regierungskoalition aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gebildet und Ende 2019 eine neue Landesregierung formiert. Ihr Koalitionsvertrag hat in puncto Entwicklungspolitik/Nachhaltigkeit wesentliche Punkte des am 6.4.19 am 10. Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg verabschiedeten Strategiepapiers „Austausch fördern – Akzente setzen – Menschen begeistern. Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten“ aufgegriffen. Entwicklungspolitische NGO begrüßen deshalb, dass der Koalitionsvertrag u.a. vorsieht: Fortsetzung des Dialogs mit Zivilgesellschaft, Weiterentwicklung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes.

Das vom BMZ und den Ländern gemeinsam finanzierte Eine-Welt-Promotor*innen-Programm war zum 1. Januar 2019 in eine neue Runde gegangen. In Brandenburg arbeiten zurzeit insgesamt sieben bei verschiedenen NGO angestellte Kolleg*innen (4,7 Vollzeit-äquivalente), auch dank eines Aufwuchses der eingebrachten Landesmittel. In enger und erfolgreicher Kooperation mit dem Programm „Stärkung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit in Brandenburg durch kirchliche Eine-Welt-Arbeit“ sowie mit zwei Kollegen im Vorhaben „Weltoffen.Soli-

darisch.Dialogisch“ ist die Stabilisierung und Erweiterung der thematischen und strukturellen Vernetzungen verbunden. Dadurch haben unsere Themen und Angebote mehr Sichtbarkeit und Kraft erhalten. Mehrere dieser Aktivitäten wurden zum Kristallisationspunkt von regionaler Kooperation und Engagementsförderung, so in Potsdam-Mittelmark und Brandenburg an der Havel, wo u.a. Stadt-Land.move – Werkstatt für sozial-ökologischen Wandel e.V. aus Werder (Havel), das Lehliner Institut für Kunst und Kultur e.V. sowie die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. zusammenarbeiten. In und um Neuruppin wird dies vor allem vom starken ESTAruppin e.V. geleistet.

Daneben gibt es einzelne weitere Stellen bei wenigen Vereinen und ähnlichen Strukturen. Damit sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen zwar inzwischen besser aufgestellt, jedoch reicht dies nicht für eine zufriedenstellende Präsenzarbeit in allen Regionen des Flächenlandes aus.

Auch aus diesem Grund versucht das Landesnetzwerk verstärkt, die Verbesserung der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit von NGO zu unterstützen, insbesondere die Nutzung virtueller Möglichkeiten und der sozialen Medien. Dafür werden intensiv zwei kleinere Beratungsprogramme, gezielte Kooperationsmög-

lichkeiten mit Promotor*innen sowie mit der neuen Fachstelle der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke (agl) genutzt. Die Corona-Pandemie und ihre Konsequenzen für die entwicklungspolitische Arbeit von NGO – vor allem die weitere – verdeutlichen deren Notwendigkeit.

Es gab die Fortsetzung des erfolgreichen Formats der Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT). Mit der 16. BREBIT 2019 „Es geht auch anders. Weltweit gerecht wirtschaften“ sowie 2020 als 17. BREBIT unter dem Motto „Mehr als Smartboards, Likes und Influencer #Digitalisierung und globale Gerechtigkeit“ konnten wieder attraktive, qualitativ gute und vielfältige Bildungsangebote umgesetzt werden (vgl. Beitrag von Ramona Krautz, MBS, S. 11–13). Dies nicht nur jeweils im Herbst, sondern im Prinzip ganzjährig, wobei die Aus- und Fortbildung weiterer Referent*innen für Globales Lernen einen Schwerpunkt bildet. Die Aktion Faire Schule (vor allem Diakonisches Werk Teltow-Fläming) und Angebote von Globales Lernen an Oder und Spree (GLOS) einer Einrichtung von Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V. laufen ebenfalls das gesamte Jahr über.

30 Jahre Deutsche Einheit – es sollte ein Fest für *alle* sein. Die Vorbereitungen für das Wochenende vom 3. bis 4. Oktober 2020 kamen gerade richtig in Schwung, da machte die Covid-19-Pandemie dem Ganzen einen Strich durch die Rechnung. Keine Chance mehr auf gelebte Vielfalt, Mitmachen, Anfassens, Stehenbleiben und Diskutieren bei einem riesigen Bürgerfest! Im Auftrag der Steuerungsgruppe des RTEP und in Absprache mit den Brandenburger Akteuren der nachhaltigen Entwicklung, der Europapolitik sowie migrantischen Initiativen stellte VENROB ab September deshalb kurzfristig einen digitalen Veranstaltungskalender zur Verfügung, der u.a. mit dem offiziellen Programmkalender der Stadt Potsdam gekoppelt wurde. Dieser wurde intensiv genutzt, um in vielen Initiativen und Veranstaltungen die Arbeit vorzustellen und vor allem Vielfalt zu zeigen.

Die Einheitsfeier ist vorbei, der Veranstaltungskalender wird weitergeführt.

Mehrere entwicklungspolitische NGO arbeiten in der 2019 neugegründeten und beim Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung e.V. (IASS) angesiedelten Steuerungsgruppe der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg mit. Gleiches gilt für Prozesse und Strukturen des Brandenburger Landesaktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) mit der Zielstellung, eine stärkere thematisch-strategische Zusammenführung von BNE und Globalem Lernen zu unterstützen. Dabei geht es um Basisarbeit für die Qualitätsentwicklung sowie um Begleitung einer landeseinheitlichen BNE-Zertifizierung, neben Koordinationsfragen auf praktischer Ebene. Eine Trägergemeinschaft der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung (ANU) Brandenburg, der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde und des VENROB kann seit April 2019 eine auf fünf Jahre ausgelegte Servicestelle Qualitätssicherung BNE betreiben.

Als weiteres Kooperationsformat zur Nutzung strategischer Synergiepotenziale verschiedener Akteur*innen werden seit August 2019 BNE-Werkstattgespräche veranstaltet.

Aus der Sicht der NGO bleibt kommunales entwicklungspolitisches Engagement ein schwieriges Thema. Nur in wenigen Kommunen Brandenburgs ist ein Zuwachs an eigenen Aktivitäten durch Kommunalpolitik und -verwaltung zu konstatieren. Der sich seit 2016 als „Baruther Schlossgespräche“ etablierende kommunalpolitische Dialog, der auch NGO einschließt, ist die Ausnahme. Beelitz konnte als 3. Fair-Trade-Town unseres Bundeslandes und als 600. in Deutschland ausgezeichnet werden. Teltow strebt diese Auszeichnung ebenfalls an. In der Landeshauptstadt kommen die Städtepartnerschaft und die Klimapartnerschaft mit Sansibar-Town weiter gut voran. Hoffnungsvolle Zeichen gibt es im Landkreis Teltow-Fläming, auch aufgrund der guten Kooperation unserer drei Kolleginnen beim Diakonischen Werk Tel-

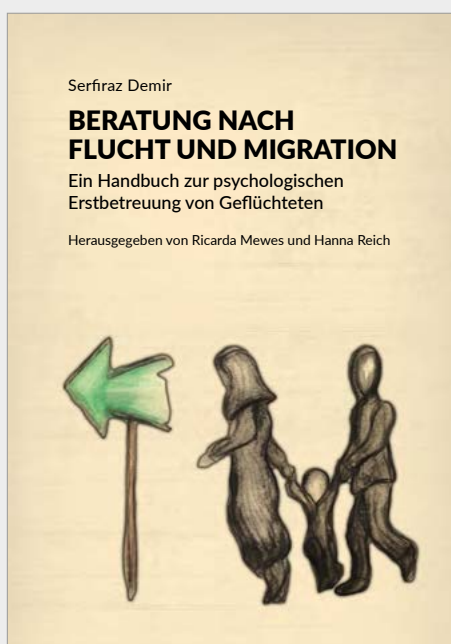
tow-Fläming mit dem Klimaschutzbeauftragten und anderen Engagierten der Kreisverwaltung, nicht nur zur Partnerschaft mit der namibischen Kommune Katima Mulilo.

Unter anderem durch den Zuzug von Geflüchteten vor allem ab 2016 hat sich das Potenzial für migrantisch-diasporische Organisationsstrukturen in Brandenburg stark erhöht. Das bietet die Chance, sowohl neue Aktive zu gewinnen als auch sich im Bereich Migration und Flucht sowie dessen Schnittstellen zu Entwicklungspolitik insgesamt stärker zu engagieren und zu positionieren. Dafür stehen der NeMiB e.V. (Netzwerk Migrantenorganisationen Brandenburg), der Cagintua e.V. oder der PAWLO e.V. mit zahlreichen Aktivitäten. Eines der Anliegen ist ein verstärktes brandenburgisches Engagement für die Durchsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft 2015–2024.

Die 17 SDG und ihre Relevanz für das Bundesland, inklusive der Darstellung von Ansätzen, Aktivitäten und Problemen ihrer Umsetzung waren das Thema von Heft 9 (2019) „Branden-

burg. Auf dem Weg in die Zukunftsfähigkeit“ der Reihe Forum Entwicklungspolitik Brandenburg, von VENROB in Kooperation mit WeltTrends herausgegeben.

Nicht verschwiegen werden soll, dass die finanzielle Lage vieler NGO schwierig bleibt, vor allem durch die fortgesetzt hohe Abhängigkeit von Drittmitteln bzw. durch den sehr geringen Anteil von zur Verfügung stehenden Eigenmitteln. Es gibt die Erwartung, dass das gegenwärtige Niveau der Förderung durch Landesmittel zumindest gehalten werden kann.



Serfiraz Demir

Beratung nach Flucht und Migration

Ein Handbuch zur psychologischen Erstbetreuung von Geflüchteten

Flucht ist eine traumatische Erfahrung, die Fluchtursachen sind es in der Regel erst recht. Geflüchtete kommen daher häufig psychisch hoch belastet in Deutschland an und leiden hier zudem unter migrationspezifischen Stressoren. Das Angebot psychologischer Behandlungen für Asylsuchende ist bislang jedoch unzureichend. Serfiraz Demir, Hanna Reich und Ricarda Mewes zeigen, wie eine evidenzbasierte psychologische Erstbetreuung bei Geflüchteten in Form einer psychoedukativen Gruppe in kurzer Zeit umgesetzt werden kann.

ISBN 978-3-945878-12-5 | 15,90 Euro | 139 Seiten

Gelebte Nachhaltigkeit, Feste und Netzwerke

Gemeinsam auf dem Weg zu einer lebendigen und zukunfts- fähigen Region im südwestlichen Brandenburg

Simone Holzwarth und Sebastian Wehrsig

Simone Holzwarth ist Eine-Welt-Promotorin bei Stadt-Land.move e. V. in Werder (Havel). Sebastian Wehrsig ist Bildungsreferent in der Villa Fohrde in Havelsee



Die Welt hat sich vorgenommen, bis 2030 die globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen. Deutschland möchte auf dem Weg in eine global gerechte Zukunft eine Vorreiterrolle einnehmen und hat dazu eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Auch Brandenburg hat seit 2014 eine Nachhaltigkeitsstrategie als Leitbild für politische Entscheidungen. Aber wie werden diese Ideen vor Ort konkret umgesetzt? Wie können wir im südwestlichen Brandenburg zu einer zukunftsfähigen und global gerechten Entwicklung beitragen?

Als Stadt-Land.move und Bildungshaus Villa Fohrde verstehen wir uns als Ermutiger*innen und Macher*innen für einen nachhaltigen Wandel. Wir möchten zeigen, dass konkretes Handeln im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung möglich und machbar ist und das auch in konkreten Beispielen vorleben. Wir fragen uns: Wie können wir hier in der Region dazu beitragen, dass die Themen Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit die nötige Aufmerksamkeit erfahren? Mit welchen Strategien und Aktionen bringen wir Schwung und Energie in die Region, um diese Themen in den Fokus zu nehmen, sowohl auf der Ebene der Politik als auch in der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft? Auf der Suche nach Antworten bewegen wir uns auf vier Ebenen:

1. Öffentliche Aufmerksamkeit

Durch Feste und Veranstaltungen möchten wir Zukunftsfähigkeit und Weltoffenheit mit allen Sinnen erfahrbar machen. Wenn in der Heilig-Geist-Kirche Menschen aus Guinea und Ecuador zusammen auf der Bühne stehen und über die Verbundenheit aller Menschen mit unserer Erde singen, der Funke aufs Publikum überspringt und dazu gemeinsam getanzt und mitgesungen wird. Wenn Kinder beim Fest des guten Lebens auf dem Smoothie-Fahrrad erleben, wie viel Kraft wir brauchen, um einen Mixer in Gang zu bringen und wie lecker regionale und fair gehandelte Säfte aus der nahegelegenen Mosterei schmecken. Wenn alteingesessene und neu angekommene Nachbar*innen zusammen tschetschenische und afghanische Leckereien auf dem Schulhof zwischen dem Übergangwohnheim und den Wohnblocks aus der DDR-Zeit probieren. Dann passiert etwas zwischen uns: Gemeinschaft und Verbindung wird erlebbar, gelebte Nachbarschaft wird erfahrbar, wir rücken näher zusammen, lassen uns ein und öffnen uns für Neues. Seit 2017 bauen wir die Aktivitäten und Veranstaltungsformate rund um das Weltoffene Werder immer weiter aus und konnten trotz Corona auch 2020 zwei Wochen voller spannender Veranstaltungen erleben. Den Höhepunkt bil-

dete das Bankett der offenen Gesellschaft, bei dem 80 Menschen aus ganz verschiedenen Kontexten in Werder miteinander ins Gespräch kamen über Nachbarschaft und Gemeinschaft, Ausgrenzung und Solidarität und über Visionen vom Zusammenleben in der Zukunft.

Miteinander ins Gespräch kommen und lokale mit globalen Traditionen verbinden ist auch das Anliegen der jährlichen Kulturfeste der Villa Fohrde. Dazu gehört gutes Essen von Chili sin Carne bis Spaghettimuffins genauso wie die Reise um die Welt mit der Zirkus-AG der benachbarten Grundschule und dem Poetry Slammer Kai Bosch, der trotz Stotterns auf der Bühne dichtet. In Erzählcafés bringen wir unterschiedliche Menschen aus der Region zusammen. Da bleiben dann manche Sätze in Erinnerung. Kostprobe gefällig? „Ich bin hier in Fohrde geboren und habe mein ganzes Leben verbracht. Man kann hier auch glücklich sein. Da braucht man nicht die ganze Welt sehen.“ Oder: „Wir haben Brokkoli im Garten, da würde Real vor Neid erblassen!“

2. Stärkung und Coaching für Nachhaltigkeitsinitiativen

Besonders in ländlich geprägten Regionen brauchen Menschen und Initiativen, die sich für Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit und

Weltoffenheit engagieren, Unterstützung durch Beratung und Vernetzung. Hier setzt die Klima.Runde der Villa Fohrde an. Sie stärkt Menschen, die sich für ein nachhaltiges Zusammenleben in der Region einsetzen. In der ersten Runde von Juni bis Juli 2020 waren neun Personen dabei: von der Gründerin einer solidarischen Landwirtschaft, über einen Radaktivisten und einen Holzbauer bis hin zu zwei Mitarbeiterinnen, die das Nachhaltigkeitsmanagement in ihren Betrieben vorantreiben. Als im März klar wurde, dass vor Ort Treffen auf absehbare Zeit nicht möglich sein werden, haben wir die ersten sechs Treffen online stattfinden lassen. Mit einem visuellen Online-Arbeitsplatz, Austausch der Aktiven zwischen den Treffen und Impulsen zu nachhaltigem Projektmanagement ist das gut gelungen. Am Ende wurde die Klima.Runde mit dem Blauen Planeten des Landkreises Potsdam-Mittelmark ausgezeichnet.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt „Imagine Havelland“. Für das Coaching-, Beratungs- und Vernetzungsprogramm wurden in diesem Jahr zehn Initiativen aus der Region Havelland ausgewählt und über ein halbes Jahr begleitet und unterstützt. Auch Stadt-Land.move war mit dabei und konnte dadurch die Vernetzungsprozesse in der Region weiter voranbringen. Ob Kulturbahnhof oder Garteninitiative für Kinder: Viele Anliegen und Prozesse der Initiativen sind ähnlich und der Austausch mitei-



Barbara Ral übergibt die Auszeichnung Blauer Planet für vorbildlichen Klimaschutz an die Villa Fohrde. Von links nach rechts: Barbara Ral, Annika Sutter, Sebastian Wehrsig



Aktionswochen Weltoffenes Werder „Musik und Poesie“ von Sauti é Haala

ander war fruchtbar. Am Ende wurden sogar monatliche Netzwerk-Partys im Havelland ins Leben gerufen, durch die das Netzwerk weiter aktiv bleiben und neue Akteur*innen dazukommen können.

3. Aufbau eines regionalen Netzwerks

Seit Dezember 2019 bemühen wir uns in einer Kooperation aus der BBAG, Stadt-Land.move, dem Lehniner Institut für Kunst und Kultur und der Villa Fohrde um einen langfristigen Prozess der Vernetzung von Akteur*innen der Zukunftsfähigkeit im südwestlichen Brandenburg. Dabei ist es uns besonders wichtig, dass Zukunftsfähigkeit neben seiner ökologischen und ökonomischen Dimension auch die sozialen Aspekte klar in den Blick nimmt. Wie wollen wir hier in der Region miteinander leben? Wie können wir Brücken bauen zwischen Alteingesessenen und Neuangekommenen? Wie schaffen wir ein gutes Miteinander und gelingende Nachbarschaften statt Ausgrenzung und Spaltung? Nach den ersten beiden Treffen mit je ca. 30 Teilnehmenden ist klar: Die Motivation ist da, einen langfristigen Prozess anzugehen und es gibt an vielen Orten schon Akteur*innen des Wandels, die als Kristallisationspunkte agieren. Wir sind gespannt auf die weiteren Schritte und welchen Weg wir auch im kommenden Jahr miteinander gehen werden.

4. Nachhaltigkeit vorleben

Wir glauben, dass wir Nachhaltigkeit wirkungsvoller vermitteln können, wenn unsere Gäste sie selbst erleben. Daher verfolgen wir in der Villa Fohrde einen *Whole Institution Approach*: Seit Anfang des Jahres gibt es bei uns nur noch biologisches, vegetarisches, saisonales und meist regionales Essen. Viele Gäste schätzen das, aber wir erleben auch, dass einige es als bevormundend erleben oder schlicht den guten Wildgulasch vermissen – zu Nachhaltigkeit gehört eben auch, mit Widerspruch umzugehen. Weitere Bausteine sind Gas aus organischen Reststoffen, Schokolade, die per Lastenrad kommt und unser Hausmeister, der erst mal repariert, bevor wir Neues kaufen. Den Rahmen für dieses Nachhaltigkeitsmanagement bildet unser Klimaleitbild. Darin bekennen wir uns zu den nachhaltigen Entwicklungszielen der UN, insbesondere zu hochwertiger Bildung (SDG 4) und nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Produktion (SDG 12).

Auf dieser Suche haben wir einiges probiert, mal zusammen, mal jede*r für sich. Manches hat geklappt, anderes nicht, und viele Fragen sind noch offen. Wir freuen uns, gemeinsam auf einem Weg zu sein, von anderen zu lernen und sie zu ermutigen in der Hoffnung auf eine nachhaltige, solidarische und weltoffene Zukunft in unserer Region.

Gelebte Partnerschaft in Pandemie-Zeiten

Stephanie Günther und Dietlind Biesterfeld

Stephanie Günther ist Eine-Welt-Promotorin im Süden Brandenburgs vom Diakonisches Werk Teltow-Fläming e. V. Dietlind Biesterfeld ist Beigeordnete und Leiterin des Dezernates III im Landkreis Teltow-Fläming.



Oft ist es im Großen nicht anders als im Kleinen: Eine Partnerschaft will gelebt und gepflegt werden, sie braucht Beziehungsarbeit auf Augenhöhe, um zu bestehen, sich zu festigen und sich weiterzuentwickeln.

Der Landkreis Teltow-Fläming arbeitet seit dem Frühjahr 2019 im Rahmen einer Klimapartnerschaft mit der namibischen Kommune Katima Mulilo zusammen und bezieht dabei auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen ein. Dazu gehören z. B. die Eine-Welt-Promotorinnen Maria Hösel und Stephanie Günther.

Die Teilnahme am Projekt entspricht dem Leitbild sowie dem Energie- und Klimaschutzprogramm des Landkreises Teltow-Fläming. Die Klimapartnerschaft soll den informellen Austausch von kommunalem Know-how ermöglichen und neues Wissen generieren. Dies erfolgt insbesondere durch die gemeinsame Erstellung von Handlungsprogrammen zu den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung (mit Unterstützung des Projektträgers). Akteurinnen für den Landkreis sind neben der Beigeordneten und Dezernentin Dietlind Biesterfeld auch Werina Neumann aus der Klimaschutzkoordinierungsstelle des Umweltamtes und Jennifer Rupprecht aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises Teltow-Fläming.

Offizieller Projektstart

Die Klimapartnerschaft wurde mit einem Auftaktworkshop und ersten Arbeitstreffen mit der namibischen Partnerkommune Katima Mulilo eingeleitet. Vom 14. bis zum 16. Mai trafen sich in Münster Vertreter*innen von elf Kommunen aus Deutschland und ihre Partner aus dem globalen Süden. Die Gruppe aus Teltow-Fläming unter Leitung von Dietlind Biesterfeld arbeitete mit ihren neuen Klimapartner*innen beim Auftaktworkshop die Arbeitsstrukturen und Kommunikationsmechanismen der Projektphase aus.

Erster Besuch der Delegation aus Teltow-Fläming in Namibia

Im Herbst 2019 reiste die Gruppe aus Teltow-Fläming in die namibische Partnerkommune. Bei dem Besuch ging es vorrangig um die Schwerpunkte Vermeidung, Trennung und Entsorgung von Abfall. Diese Themen waren von den Gastgeber*innen zuvor als besonders dringlich benannt worden.

Des Weiteren wollte man die Partnerkommune kennenlernen – vom administrativen

Verwaltungsaufbau bis hin zu den politischen Entscheidungsträgern auf nationaler und kommunaler Ebene. Um eine verlässliche Arbeitsebene aufzubauen, wurden Kontakte mit externen Akteur*innen geknüpft. Festgelegt werden sollten zudem die Kommunikationswege und das weitere strategische Vorgehen. Nicht zuletzt wurde die zweite Entsendungsphase – der Besuch der namibischen Delegation im Landkreis Teltow-Fläming – besprochen.

Besuch einer namibischen Delegation in Teltow-Fläming

Um die Vermeidung, Trennung und Entsorgung von Plastikmüll sowie um Umweltbildung ging es beim Besuch einer dreiköpfigen Delegation aus Katima Mulilo. Diese war im Januar 2020 unter Leitung des Chief Exekutive Officers Raphael Liswaniso zu Gast im Landkreis Teltow-Fläming. Einblicke in die Wirtschaftsförderung des Landkreises standen im Mittelpunkt des ersten Besuchstages. Schwerpunkt war die kommunale Wirtschafts- und Tourismusförderung. Am Abend fand in Jüterbog ein Vortrag von Eine-Welt-Promoterin Stephanie Günther vom Diakonischen Werk statt. Sie widmete sich dem Thema „Es geht auch ohne Plastik“ – ein Anliegen, das der Delegation aus Namibia besonders wichtig war. Die

Veranstaltungsteilnehmer*innen konnten auch selbst aktiv werden und haben Deodorant ohne Mikroplastik hergestellt. Weitere Besuche führten in die Präsenzstelle der Technischen Hochschule Wildau in Luckenwalde, zur Grünen Woche in Berlin, zum Oberstufenzentrum Teltow-Fläming oder in die Förderschule in Mahlow.

Und dann kam die Pandemie ...

Mit Beginn der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 rückte die Frage, wie die Projektbeteiligten in Teltow-Fläming und Katima Mulilo in dieser Zeit solidarisch miteinander sein können, in den Fokus der Partnerschaft. Der Landkreis initiierte eine Bürgerumfrage in all seinen Partnerkommunen – neben Katima Mulilo auch im Landkreis Gniezno (Polen), im Kreis Paderborn und im Berliner Stadtbezirk Tempelhof-Schöneberg. Ziel war es, einen Austausch über den Umgang mit der Pandemie auf Verwaltungsebene anzustoßen. Die Partner*innen in Katima erhielten per Mail „weekly news“ aus der Kreisverwaltung und wurden über das von Engagement Global initiierte Kommunale Corona-Solidarpaket und die konkreten Möglichkeiten der Antragstellung informiert. Katima schickte im Gegenzug Public Notices zur Kenntnis an die Kreisverwaltung in Teltow-Fläming. Die Eine-Welt-



hinten (v.l.n.r.): Siluka Brendan Kabuku, Dr. Manfred Fechner, Johann Meierhöfer, Raphael Liswaniso, Patrick Lifasi Lilungwe;
vorne (v.l.n.r.): Siegmund Trebschuh, Annette Braemer-Wittke, Dietlind Biesterfeld, Georgina Mwiya, Kornelia Wehlan,
Andreas B. D. Guibeb, Werina Neumann, Jennifer Rupprecht.



Eine-Welt-Promotorinnen bei einer Aktion auf dem Marktplatz in Luckenwalde 2020

Promotorinnen Maria Hösel und Stephanie Günther teilten Rechercheergebnisse zur aktuellen Lage in Katima bzw. Namibia und regten zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit weiteren Kooperationspartnern in Luckenwalde an. Kontinuierlich begleitet wurden all diese Aktivitäten von der Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises Teltow-Fläming.

der Kommunalverwaltung und UNDP Namibia initiierten Projekt 6.000 öffentliche Handwaschstationen, um die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen. Anhand von Presseberichten und Fotos konnten sich Interessierte ein Bild davon machen, wie es aktuell wäre, auf dem rund 12.000 km entfernten Wochenmarkt in Katima Mulilo zu (ver-)kaufen.

Aktion „Zusammenhalt in Zeiten der Krise“ am 9.7.2020 in Luckenwalde

Wo haben Sie während der Corona-Pandemie Zusammenhalt erlebt? Mit dieser Frage kamen Vertreter*innen des Diakonischen Werkes Teltow-Fläming e.V., des Landkreises Teltow-Fläming und des Stadtmarketing Luckenwalde e.V. mit Besucher*innen des Luckenwalder Wochenmarktes ins Gespräch.

Mit einem Stimmungsbarometer wurde visualisiert, wo und in welcher Situation Zusammenhalt in den vergangenen Wochen am meisten spürbar war. Auf Infotafeln konnten sich die Besucher*innen zur aktuellen Lage der Partnerkommunen des Landkreises Teltow-Fläming informieren. Die Eine-Welt-Promotorinnen Stephanie Günther und Maria Hösel berichteten vom Klimapartner in Katima Mulilo (Namibia). Dort errichteten 15 Freiwillige in einem von

Diese gemeinsamen thematischen Bezugspunkte zwischen Nord und Süd boten viele Gesprächsanlässe. Sie zeigten, wie wichtig starke Institutionen (SDG 16) und gelebte Partnerschaften (SDG 17) vor allem in Krisenzeiten sind und welchen Beitrag diese zur Gestaltung einer gerechten und nachhaltigen Welt leisten.

Fairtrade-Towns – Impulsgeber für Fairen Handel in Kommunen, auch in Brandenburg

Nicole Saile und Uwe Prüfer

*Nicole Saile ist Fachpromotorin für Fairen Handel.
Uwe Prüfer ist Fachpromotor für kommunale
Entwicklungspolitik bei der BBAG e. V.*



Seit nunmehr 20 Jahren können sich Städte um den Titel „Fairtrade-Town“ bewerben. Die Kampagne erstreckt sich über 34 Länder und hat bereits mehr als 2.000 Kommunen und damit zehntausende Engagierte erreicht. Nachdem 2009 Saarbrücken als erste deutsche Stadt der Titel Fairtrade-Town verliehen wurde, gibt es mittlerweile bereits über 700 ausgezeichnete Städte in Deutschland.

Global denken, lokal handeln

Der Erfolg der Kampagne zeigt, die Idee, die Kommune als wichtige Einheit gemeinschaftlichen Handelns zu sehen und als wichtige Akteurin zu würdigen ist ein gelungener Ansatz, um globale Themen wie die Sustainable Development Goals (SDG) praktisch umzusetzen. Diese 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen dienen der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene. Hierbei rückt das SDG 12 *Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen* den Fairen Handel in den Mittelpunkt. Kommunen sind weltweit dazu aufgefordert, an den SDG mitzuwirken und ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen. Hier setzt die Kampagne Fairtrade-Towns an und vernetzt und unterstützt mit konkreten Handlungsoptionen.

Die Kampagne

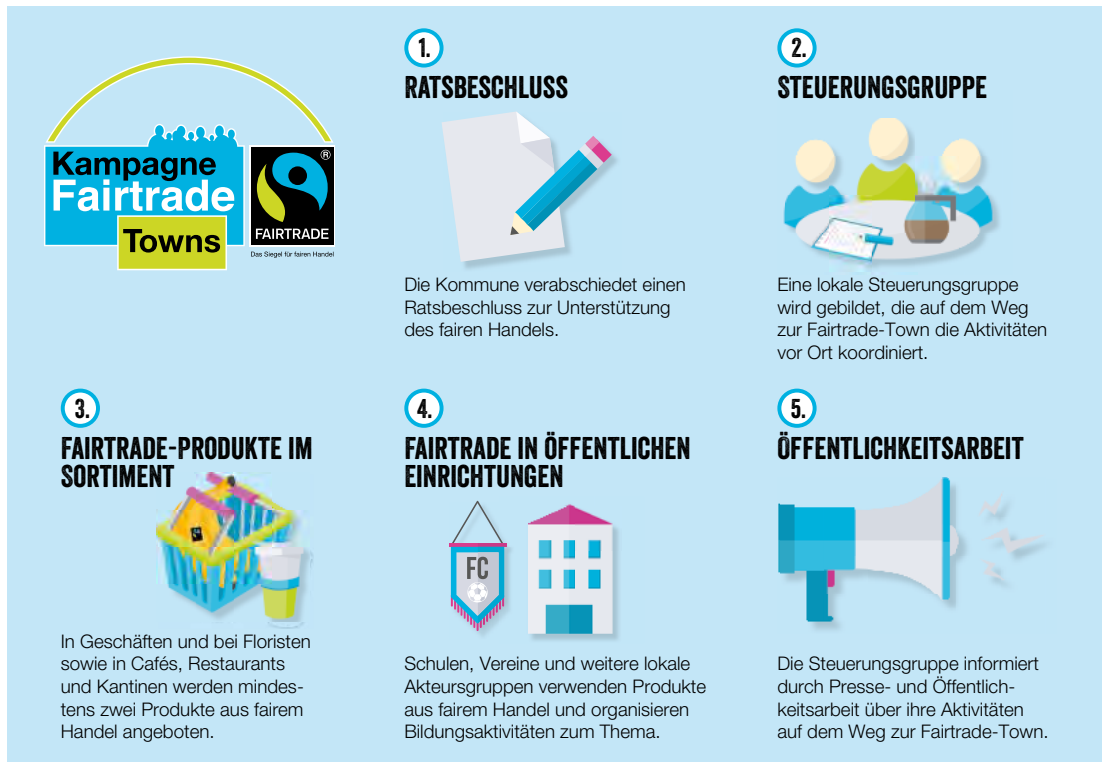
Fairtrade-Towns verstärken das kommunale Engagement für den Fairen Handel und vernetzen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft miteinander. Sie können den Startschuss für mehr faires Engagement in der Stadt bilden und bündeln dabei bestehende Aktivitäten und Akteur*innen zum Fairen Handel. Durch ihre Teilnahme positionieren sich Städte als weltoffene moderne Kommune und kommen so ihrer Vorbildfunktion für Bürger*innen nach.

Die Kriterien

Für die Auszeichnung zur Fairtrade-Town muss eine Kommune nachweislich fünf Kriterien erfüllen, die das Engagement für den Fairen Handel auf verschiedenen Ebenen einer Kommune betreffen (siehe Grafik auf S. 26).

Der Blick auf Brandenburg

Mit Eberswalde, Neuruppin und zuletzt 2019 der Spargelstadt Beelitz als 600. Fairtrade-Town in Deutschland haben in Brandenburg bereits drei Städte den Titel als Fairtrade-Town verliehen bekommen. Das ist für diese



Die fünf Kriterien für eine Auszeichnung als Fairtrade-Town

drei Vorreiter anerkennenswert, aber keine Spitzenposition im Vergleich zu anderen Bundesländern. Inzwischen tut sich allmählich was in Brandenburgischen Gefilden. Neben der Landeshauptstadt Potsdam sind nun auch Brück (Mark) und Teltow in den Bewerbungsprozess gestartet. Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es entsprechende Überlegungen. Die Steuerungsgruppen in Potsdam und Teltow werden hierbei von den Eine-Welt-Promotor*innen Nicole Saile und Uwe Prüfer unterstützt. Durch das Engagement der Steuerungsgruppen gelangen Themen wie öffentliche faire Beschaffung in die Verwaltungsprozesse der Kommune und setzen hier nachhaltige Änderungsprozesse in Gang.

Inspiration für die gesamte Kommune

Die Teilnahme an der Kampagne Fairtrade-Towns wirkt tief in die Kommune hinein. Durch die Einbeziehung unterschiedlichster Akteur*innen sowie von engagierten Bürger*innen in die örtliche Steuerungsgruppe und die individuelle Ausgestaltung des Bewerbungsprozesses bringt

die Kampagne Menschen zusammen, die sich für den globalen Süden einsetzen möchten und deshalb ihren Wohnort mit viel Energie und Tatkraft fairer gestalten möchten. Somit leisten Fairtrade-Towns über ihr Engagement für den Fairen Handel einen wichtigen Beitrag, um die Heimatstadt mit dem globalen Süden in Verbindung zu setzen und die Welt ein Stück fairer zu machen.

Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“

Beim Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ werden Städte und Gemeinden in Deutschland ausgezeichnet, die sich für Fairen Handel und die faire öffentliche Beschaffung stark machen. Beteiligen können sich alle: sowohl mit einzelnen Aktionen als auch mit mittel- und langfristigen Projekten. Zu den Initiativen zählen: faire Städtetkaffees oder andere Produkte, Bildungstage zum Fairen Handel an Schulen, Kindergärten etc., entsprechende Angebote in Kantinen und Mensen.

Ausgezeichnet werden dabei in der Regel gelungene Kooperationen mit lokalen Eine-



Vorstellung der Kampagne beim Umweltfest 2019 in Potsdam und Befragung der Teilnehmenden: „Was stellst du dir unter einer fairen Stadt vor?“

Welt-Gruppen zum Fairen Handel aus, oder kreative, besonders öffentlichkeitswirksame Aktionen, die Fairen Handel und die Agenda 2030 verbinden.

Die Titel und Preisgelder werden alle zwei Jahre vergeben, und es sind nicht immer die großen Städte siegreich. Neumarkt in der Oberpfalz ist die amtierende „Hauptstadt des Fairen Handels 2019“ und kann deshalb das dazugehörige Signet für das Stadtmarketing verwenden. Es wäre nicht zuletzt eine gute Werbung für den Fairen Handel in Brandenburg, wenn 2021 auch eine Kommune aus unserem Bundesland an den Start gehen würde.



Die 5. Baruther Schlossgespräche für eine Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg

Heike Mölller

Assistenz und Koordination VENROB e. V.,
Herausgeberin FEB



Baruth/Mark liegt etwa eineinhalb Autostunden südlich von Berlin entfernt im Baruther Urstromtal. Bürgermeister der knapp 5.000 Einwohner*innen zählenden Stadt mit seinen zwölf Orts- und Stadtteilen ist seit 2002 Peter Ilk. 2018 trat er zum dritten Mal an und wurde ohne Gegenkandidaten mit über 90 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Als echter Machertyp hat er eine Menge in Bewegung gebracht. Oder wie Karsten Wittke,

Baruth/Mark

Zum Überblick: Industrielles Standbein ist die traditionelle Holzwirtschaft, die damit verbundene Produktion von Laminat, HDF- und Pressspanplatten sowie die Schürfung von Mineralwasser der Brandenburger Urstromquelle. Ein Biomassekraftwerk sorgt für die Erzeugung thermischer und elektrischer Energie. Ein Biotech-Unternehmen produziert mittels der erzeugten Abwärme proteinhaltiges Fischfutter und leistet so einen Beitrag gegen die Überfischung der Weltmeere. Auch die Industriekläranlage und das Reinwasserwerk tragen zur Kreislaufwirtschaft bei und sorgen, zusammen mit dem Südbrandenburgischen Abfallzweckverband für eine kommunale Entwicklungszusammenarbeit und damit für eine konkrete Umsetzung nachhaltiger Außenpolitik.

Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik für die Stadt Baruth/Mark es ausdrückt: „Es braucht einen Bürgermeister, der sagt: ‚Wir machen das.‘“

Die SDG-Flaggen vor dem Schloss und in den Schaukästen im Ort anlässlich der fünften Schlossgespräche am 16.9.2020 waren nicht von Anfang an da. Sie stehen für einen Lernprozess, der in der Aussage von Peter Ilk gipfelte, dass „Nachhaltigkeit als Pflichtaufgabe für Kommunen festgeschrieben werden soll“. Allerdings müsse diese auch finanziert werden.

Politische Perspektive der Nachhaltigkeit in Brandenburg

Was bedeutet Nachhaltigkeit und wie gelingt es, die Corona-Krise als Chance zu begreifen, nicht nur finanzielle Mittel richtig einzusetzen, sondern auch die Zusammenarbeit untereinander zu vertiefen, fragte Staatssekretär Jobst-Heinrich Ubbelohde vom Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE). Zuständig für Nachhaltigkeit in der Staatskanzlei ist derzeit Georg Dybe. Er skizzierte die Ausrichtung der brandenburgischen Nachhaltigkeitsstrategie an der Agenda 2030 und den 17

SDG, deren Überarbeitung ein neu einzurichtender Nachhaltigkeitsbeirat übernehmen soll. Besetzt wird dieser mit Personen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Verbänden, Wirtschaft, Jugend und Kommunen, koordiniert von der Staatskanzlei.

Impulse für Nachhaltigkeit in und aus den Regionen

In der ersten Gesprächsrunde wurde mit einem Rückblick der Versuch eines Ausblicks gewagt. Zur Sprache kam die von der Landesregierung finanzierte Dialogrunde „GloboLocal“. Sie startete 2018 mit dem Ziel, das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung in den brandenburgischen Kommunen zu stärken. Steter Tropfen höhle den Stein. Viele merkten, dass sich in den letzten Jahren einiges verändert habe. „Es ist ein langer und manchmal mühsamer Weg, aber er führte zur Verabschiedung von Überschriften hin zu konkreten Aktionen“, stellte Detlev Groß vom MdFE fest. Die Impulse aus den Regionen bewirkten die Entwicklung neuer Formate. Meike Pfeil von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) geht davon aus, dass die sechsten Baruther Schlossgespräche 2021 wieder stattfinden können. Weiterhin gebe es Bestrebungen, ein ähnliches Format im Norden Brandenburgs zu entwickeln.

Die Frage, ob der Koalitionsvertrag in puncto Nachhaltigkeit hält, was er verspricht, stellte sich nicht nur Uwe Prüfer vom Verbund der Entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen Brandenburg (VENROB e.V.). Kreativität sei gefragt, globale und lokale Themen sollten

SDG-Portal

Apropos Unterfütterung: Die SKEW hat gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung einen Katalog erstellt, in dem sich Kommunen mit über 5.000 Einwohner*innen (da fällt Baruth/Mark leider raus) anhand von 191 Unterzielen selbst verorten können, wo sie mit ihrer Nachhaltigkeit stehen. Abzurufen unter sdg-portal.de.

deutlicher hervortreten. Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) müsse mit weiterreichenden Handlungsoptionen verknüpft werden.

Global versus Lokal

Das globale Ausmaß der Corona-Epidemie auf jedes einzelne SDG skizzierte Jens Martens vom Global Policy Forum. Zu verzeichnen sei ein weltweiter Einbruch der Wirtschaft, der sich in der Unterbrechung der Lieferketten, einer Senkung von Rohstoffpreisen und der damit verbundenen schlechteren Finanzierung der Gesundheitssysteme in den Lieferländern, massiven Kapitalabflüssen, einem Rückgang der Exporteinnahmen sowie sinkenden Rückführungen von Migranten niederschlage. Daraus folgten massive Jobverluste, davon seien etwa 1,6 Mrd. Menschen im informellen Sektor betroffen. Die Armut nehme weltweit zu. 265 Mio. Menschen seien vom Hungertod bedroht. Die Wirtschafts- und Finanzsysteme befänden sich in der Krise. Unbewältigte soziale Missstände und die damit eingehenden Destabilisierungsprobleme führten zu Rassismus, Diskriminierung, Nationalismus und Autoritarismus.

Die Regierungen reagieren mit massiven Hilfs- und Konjunkturpaketen. Allein der IWF trägt mit 1 Billion US-Dollar bei, die Weltbank mit 160 Mrd., die UN mit 2 Mrd., die WHO mit 1,74 Mrd. US-Dollar. Hinzu kommen die Hilfspakete zahlreicher privater und nationaler Banken. Was ist die Antwort auf die Krise? Wer profitiert von den Hilfsmaßnahmen? Wer nicht? Führen sie zu einer Verzerrung der Wettbewerbsvorteile? Gibt es eine Chance auf strukturelle Veränderungen? Hat die Krise sozio-ökonomische Folgen?

Drei Meilensteine für den Weg aus der Krise

1. Das Vetorecht für Nachhaltigkeit und Menschenrechte: kein *kann*, sondern ein *muß* beim Nachhaltigkeits-Check auf allen Ebenen, mit Bezug auf SDG-konforme Haushalte (auch von Kommunen) sowie sozio-ökologische Beschaffung.

2. De-Globalisierung im Sinne von Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe – nicht nur hierzulande, sondern auch im Globalen Süden.
3. Re-Kommunalisierung: Öffentliche Güter und Dienstleistungen sollen zurück in die öffentliche Hand geführt werden. Rückbesinnung auf regionale Lieferketten, um Unabhängigkeit zu sichern bei sensiblen Wirtschaftsgütern wie z.B. Medikamenten.

Allerdings, so räumte Jens Martens ein, stünden industriepolitische Leitlinien konträr zu den Nachhaltigkeitsleitlinien. Bestes Beispiel vor Ort sei der geplante Ausstieg aus der Braunkohle. Hier helfe das Bewusstsein für die Verantwortung des Staates und die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten der Regierungen in Bezug auf Menschenrechte, wie beispielsweise das Recht auf Wohnraum.

Kornelia Wehlan. Die Entscheidung für erneuerbare Energien oder nachhaltige Produktionsentwicklung sei freiwilliger Natur und obliege den einzelnen Unternehmensstrategien. Zu viele Zwänge würden vorgeschoben, so Ulrike Munz von der Wirtschaftsförderung Brandenburg, trotz zahlreicher Förderprogramme und Fortbildungsmaßnahmen z. B. vom Bundesministerium für Inneres für den Bereich nachhaltige Beschaffung. Bettina König berichtete über ein Forschungsprojekt an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE). Etwa 500 Teilnehmende hätten ihre aufgrund des Lockdowns erlebten Erfahrungen bezüglich Mobilität, Versorgung, Arbeit, Familie, Freizeit, Information und Kommunikation aus ihrem Corona-bedingten Alltag in ein „Logbuch der Veränderungen“ eingetragen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen Schlussfolgerungen für eine Nachhaltigkeitstransformation ermöglichen.

Wirtschaft – Wissenschaft – Soziales Leben in der Pandemie

Da es im Landkreis Teltow-Fläming an global vernetzter Industrie nicht mangle, sei es in Zeiten der Pandemie wünschenswert, z.B. die Zahlung von Kurzarbeitergeld mit Auflagen für Nachhaltigkeit zu koppeln, so Landrätin

Teilhabe und Austausch mit der fernen Partnerstadt

Die erfreulichen „Nebeneffekte“ einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zeigt das Beispiel von Baruth/Mark und der Stadt Murun in der Mongolei: Noch bevor die Corona-Pandemie hierzulande als virulent erkannt wurde, schickten die mon-



Teilnehmer*innen der fünften Baruther Schlossgespräche am 16.9.2020

golischen Freund*innen 4.000 Masken in die brandenburgische Partnerstadt. Die Nähe zu China hatte sie nicht nur früher sensibilisiert, auch ein eigenes, kulturelles Verständnis von Gemeinsinn lag dem zugrunde: Man möchte die anderen schützen und empfindet das Maskentragen nicht als individuelle Belästigung. Außerdem verhindert diese Schutzmaßnahme ein massives Infektionsgeschehen mit Todesfolge großer Bevölkerungsteile. Bei nur drei Millionen Einwohner*innen in dem riesigen Land eine durchaus verständliche Haltung.

Hausaufgabe: Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln!

Martin Pohlmann vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) fasste die wichtigsten Forderungen an eine

effiziente Nachhaltigkeitsstrategie zusammen: Alles hänge vom Geld ab, das an die richtigen Stellen gebracht werden müsse, nämlich in die Gemeinden. Darüber hinaus sollte es ein Vetorecht von Entscheider*innen für eine Nachhaltigkeitsprüfung geben. Für die Wirtschaft sei die Bildung von Resilienzen und Kooperationen, die als Erklärungsmuster für viele SDG gelten, unerlässlich. Die Landesnachhaltigkeitsstrategie müsse in Zusammenarbeit mit dem Nachhaltigkeitsbeirat überarbeitet werden. Deshalb lautete auch der abschließende Appell von Bürgermeister Ilk, dass die Kommunen ihre Chancen nutzen sollten, ihre Ideen in die Nachhaltigkeitsstrategie bis 2024 einzubringen.

Unter folgendem Link kann der vollständige Bericht über die 5. Baruther Schlossgespräche abgerufen werden:

<https://skew.engagement-global.de/aktuelle-mitteilung/vierte-baruther-schlossgespraeche-einladung.html>

» Gibt's das auch
in digital? «



WeltTrends im E-Abo

Jetzt Preisvorteile nutzen!

Elektronisches Abo abschließen und sparen.
Auch als Kombi (Digital & Print) erhältlich.

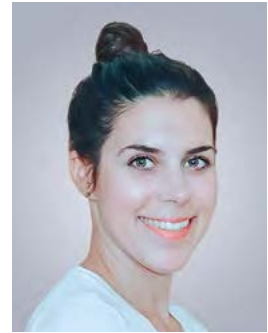
welttrends.de/abo



Kommunale Entwicklungspolitik in Beelitz

Marie Fechner

*Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik,
Stadtverwaltung Beelitz*



Die kommunale Entwicklungspolitik umfasst allgemein gesprochen jegliche Maßnahmen und Mittel zur nachhaltigen Entwicklung von Kommunen im In- und auch im Ausland. Dabei geht es um Informations- und Bildungsarbeit, um faires Beschaffungswesen sowie um Partnerschaften mit anderen Kommunen aus dem Globalen Süden. Das Oberziel ist dabei die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN, die im September 2015 innerhalb der Agenda 2030 verabschiedet wurden.

Kommunen kommen bei den Bestrebungen zu mehr Nachhaltigkeit eine spezielle Bedeutung zu. Sie spielen eine besondere Rolle an der Schnittstelle zwischen öffentlichem und privatem zivilgesellschaftlichem Engagement und können Zusammenhänge zwischen lokalem Handeln und dessen globalen Auswirkungen individueller vermitteln, als es in der Regel die Bundesebene kann. So kann das Bürgerengagement besser gefördert und die Beteiligungsmöglichkeiten gezielter weiterentwickelt werden.

Jede Kommune setzt im Rahmen ihrer Besonderheiten und Charakteristika ein wenig ihre eigenen Schwerpunkte und da Beelitz seit 2018 auch offiziell Fairtrade-Town ist, ist der faire Handel natürlich ein bedeutendes Thema für die Stadt.

Das zeigt sich nicht nur in den Bemühungen verschiedener Gastronomien und Einzelhändler*innen vermehrt Fairtrade-Produkte anzubieten, sondern auch in unserer Stadtverwaltung selbst. Der „Rathaus-Kaffee“ beispielsweise, den die Mitarbeiter*innen trinken, ist grundsätzlich fair gehandelt. Allerdings ist es nicht ausreichend, lediglich Fairtrade-Produkte in den Geschäften anzubieten, auch das Bewusstsein der Bürger*innen gegenüber fairem Handel muss gestärkt werden. Mit anderen Worten: Den Bürger*innen sollen die Vorteile und Auswirkungen klar werden, die fair gehandelte Produkte (insbesondere bei solchen, die nicht regional erworben werden können) gegenüber konventionell hergestellten Gütern haben. Über das lokal viel gelesene Nachrichten-Blatt die „Beelitzer Nachrichten“ versuche ich regelmäßig, die Bürger*innen zu erreichen und sie über Themen rund um den fairen Handel aufzuklären. Darüber hinaus plane ich mit einer Brandenburger Kollegin der lokalen Entwicklungspolitik eine Beelitzer Wanderausstellung zu fairer Beschaffung und fairem Handel.

Ein besonderes Projekt, das wir im Rahmen des fairen Handels seit drei Jahren durchführen und das sich – nicht zuletzt auch durch die Motivation und Kreativität der Beelitzer Schüler*innen – Stück für Stück weiterentwi-

ckelt, ist unser sogenanntes „Taschen-Projekt“. Hier werden Taschen von Näherinnen in einem Township in Kapstadt aus alten LKW- und Werbe-Planen hergestellt. Diese „Upcycling-Taschen“ bekommen alle Achtklässler*innen der beiden Beelitzer Oberschulen im Rahmen eines Workshops über die Kultur und das Leben in Südafrika von der Stadt geschenkt. Die Idee für die Zukunft ist eine Erweiterung des Projekts, sodass die Schüler*innen nicht nur etwas über das Leben der Kapstädter*innen und der Südafrikaner*innen im Allgemeinen lernen, sondern auch die Näherinnen etwas über die Kultur und das Leben in Beelitz erfahren. Erste Überlegungen der Schüler*innen sind ein Kurzfilm über ihren Schulalltag oder auch ein Projekt mit dem Schulradio des Beelitzer Gymnasiums. Insbesondere jetzt in der Corona-Pandemie kommt den Kapstädter Näherinnen dieses Projekt zugute, da ihre lokalen Aufträge stark zurückgegangen sind und mit dem Erlös der Taschen nicht nur ihr Gehalt, sondern auch eine Kindereinrichtung, in der ihre Kinder tagsüber betreut werden, finanziert wird.

Neben den Upcycling-Taschen haben wir ein weiteres „Südafrika-Projekt“ in der Pipeline: Im Rahmen einer Partnerschaft mit einer Kommune im Südwesten Südafrikas wollen wir eine *Alien-Clearing*-Kampagne unterstützen und gleichzeitig regionale Aufklärungsarbeit in der südafrikanischen Kommune und in Beelitz leisten. *Alien Clearing* bedeutet die Beseitigung von invasiven Pflanzenarten, die sich meist nicht nur sehr schnell vermehren, sondern mit ihrer Ausbreitung regionale Lebensräume, Arten und Ökosysteme beeinträchtigen und daher der biologischen Vielfalt schaden können. Mit diesem Thema hat quasi jede Region weltweit zu tun und doch ist das Wissen darüber in der Bevölkerung häufig sehr gering. Dies wiederum führt immer wieder zu unbeabsichtigten weiteren Verbreitungen invasiver Arten.

Das Thema der invasiven Pflanzenarten liegt der Stadt noch aus einem weiteren Grund besonders am Herzen, denn 2022 wird in Beelitz die Landesgartenschau (LAGA) stattfinden. Im Zuge derer die Besucher natür-

lich etwas über die Biodiversität der Region erfahren sollen und sich über die einzelnen Pflanzenarten informieren können. Und dabei ist das Thema invasive Pflanzenarten nahezu unabdinglich. Zu diesem Zweck wird es unter anderem ein „Grünes Klassenzimmer“ geben, in dem Schulklassen aller Altersstufen durch eigenständiges Forschen und Entdecken ein stärkeres Umweltwissen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit des Schutzes unserer natürlichen Ressourcen erlangen sollen. Die inhaltliche und gestalterische Konzeption dazu ist aktuell in vollem Gange.

Dies sind nur einige der Projekte, die wir in unserer Kommune durchführen und durchführen wollen. Es gibt noch viele weitere Tätigkeiten, die die Nachhaltigkeit in der Region fördern und voranbringen soll. Darunter befinden sich insbesondere Bildungsprojekte, wie aktuell zum Beispiel diverse Workshops zum Thema „Digitalisierung und globale Gerechtigkeit“ an den Beelitzer Grund- und Oberschulen.

Neues aus der Städtepartnerschaft Potsdam – Sansibar

Claudia Dombrowsky

*Bereich Internationales und Städtepartnerschaften,
Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft
(BBAG) e. V.*

Die 2017 besiegelte Städtepartnerschaft zwischen Sansibar und Potsdam geht zurück auf eine zivilgesellschaftliche Initiative aus dem Jahre 2006, die der Stadt eine Nord-Süd-Städtepartnerschaft empfahl und nach einem demokratischen Auswahlprozess die Stadt Sansibar in Tansania vorschlug. Die Initiative basierte auf der Überzeugung, dass auch unsere Städte Akteurinnen globaler Verantwortung sind und es deshalb für die Landeshauptstadt Potsdam angemessen sei, sich bei ihren Städtepartnerschaften nicht auf Europa und die USA zu beschränken. Seitdem haben verschiedene Vereine und Einrichtungen Kontakte mit Sansibar aufgebaut und füllen die Städtepartnerschaft mit Leben. Seit 2011 gibt es eine Klimapartnerschaft zwischen den Städten, in deren Rahmen gemeinsame Projekte realisiert wurden.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft wurde 2017 auch der Freundeskreis Potsdam-Sansibar gegründet, deren Vorsitzende Cordine Lippert (Bereichsleiterin Klimaschutz der Landeshauptstadt Potsdam) und Kilian Kindelberger (Hauptgeschäftsführer der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft, BBAG e.V.) sind. Ziel des Freundeskreises ist zum einen, den Austausch aller Akteur*innen der Städtepartnerschaft untereinander zu fördern, sich über Projekte und Veranstaltungen regelmäßig zu

informieren sowie gemeinsame Aktivitäten zu planen. Seit November 2019 tagt regelmäßig eine Steuerungsgruppe des Freundeskreises mit Akteur*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, der auch der ehemalige Oberbürgermeister Jann Jakobs angehört

So wurde über das Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)“ berichtet, dass die Landeshauptstadt Potsdam in Kooperation mit der Universität Potsdam (Botanischer Garten, AG Landschaftsmanagement) durchführt. Hierbei erfolgt zum einen eine Wohnumfeldgestaltung im Quartier Kikwajuni und zum anderen die Wieder-Einrichtung des Botanischen Gartens in Migombani. Die Aktivitäten vor Ort werden von verschiedenen Institutionen unterstützt. Eine davon ist das Practical Permaculture Institute Zanzibar. Im Rahmen des Projektes wurde es beauftragt, eine kurze, aber fundierte gärtnerische Grundausbildung durchzuführen. Diese Schulung erhielten zahlreiche Frauen und Männer, die im Botanischen Garten wie auch in Kikwajuni seltene Pflanzen pflegen und auch Nahrungsmittel anbauen. Auch ein neuer Teich, eine Baumschule und Solarlaterne wurden neu installiert. Im Wohnviertel Kikwajuni wurden neue Bepflasterungen angelegt, Bäume gepflanzt und Spielplätze gebaut. Auch mit dem Chumbe Island Coral Park Ltd.

(CHICOP) auf einer benachbarten Insel gibt es eine enge Kooperation zum Thema Umweltbildung. Die dort ausgebildeten Gärtner*innen arbeiten auch im Botanischen Garten im Migombani.

Ende 2019 erhielt die Städtepartnerschaft eine weitere Geldspende von der Schauspielerin Gerit Kling, die sich für Projekte auf Sansibar einsetzt. Mit den vom BBAG e.V. verwalteten Geldern konnten dank vieler unterstützender Hände vor Ort Bildungs- und Sportprojekte finanziert werden. Dazu zählen beispielsweise die Sanierung des Fußbodens und die Installation eines solarbetriebenen Wassertanks an der Mwanakwerekwe-H-Schule (Partnerschule der Potsdamer Bruno-H.-Bürgel-Grundschule) sowie der Erwerb von Material zum Schutz seltener Exponate im Naturkundemuseum. Elternlose oder benachteiligte Kinder erhielten Schwimmkurse. Die Mtopepo-Schule startete ein Umweltbildungsprojekt. Auch die Dhow Music Academy und das Frauenfußballteam bekamen Unterstützung für ihre Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Frauen. Viele dieser Aktivitäten vor Ort wurden durch die ehemalige Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport Potsdams, Gabriele Fischer, unterstützt, die auch viele Kooperationspartner*innen traf und z.B. Briefe vom Humboldt-Gymnasium an die Schüler*innen der zukünftigen Partnerschule Mwembeladu Secondary School übergab.

Am 15. Juli 2020 wurde der Schulpartnerschaftsvertrag zwischen dem Humboldt-Gymnasium in Potsdam und der Mwembeladu Secondary School auf Sansibar unterzeichnet. Bereits vor drei Jahren entstand die Idee der Schüler*innengruppe HUGHAS (Humboldt-Ghana-Sansibar), sich in die damals neue Städtepartnerschaft zwischen Potsdam und Sansibar einzubringen. Im Laufe der Zeit kam der Vorschlag einer Schulpartnerschaft auf und der Freundeskreis Potsdam-Sansibar half beim Kontaktaufbau mit Sansibar. Mit Unterstützung der Beigeordneten gelang es, ein erstes Projekt zu initiieren: die Briefpartnerschaft. Auch heute werden noch Briefe hin und her geschickt und neuerdings besteht auch Kontakt auf digitalen Wegen.

Auch der mitunter nicht ganz einfache Umgang mit der Vergangenheit ist Thema in der Städtepartnerschaft. Im August 2020 luden Postcolonial Potsdam und der BBAG e.V. zu einer Führung mit einer Audio-Guide-App durch den Park Sanssouci ein, um auf die kolonialen Spuren im Park aufmerksam zu machen und einige der vielen kolonialen Verbindungen Brandenburgs und Deutschlands aufzuzeigen. Im Rahmen dieser Audio-Guide-Tour hielt auch der Kustos des Botanischen Gartens der Universität Potsdam, Dr. Michael Burkart, einen Input-Vortrag zur aktuellen Zusammenarbeit zwischen den Botanischen Gärten in Potsdam und Sansibar.



John Ndege (1. v. r.) und seine Kolleg*innen in der Baumschule des Botanischen Gartens

2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis

begrüßt die von den Vereinten Nationen (VN) am 27. 9. 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an die Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten.¹

begrüßt die Anerkennung von Städten, Gemeinden und Kreisen als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung durch die erstmalige Aufnahme des sogenannten „Stadtziels“ SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ in die Entwicklungsagenda der VN.

unterstützt die in der 2030 -Agenda enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt und die darin beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung.

begrüßt die Forderungen des Bundestages an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, Städten und Kommunen weltweit mehr Einnahme- und Haushaltshoheit zu geben, sie beim Aufbau demokratischer und leistungsfähiger kommunaler Selbstverwaltungen und als zentrale Akteure einer integrativen und partizipatorischen Stadtentwicklung in ihrer internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen.²

fordert Bund und Länder auf, Kommunen und Ihre Vertretungen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen, die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der 2030-Agenda anzuerkennen, Kommunen stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu berücksichtigen und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dabei sollen kommunale Belastungen durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen von Bund und der Ländern ausgeglichen werden.

1 www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/69/L.85&Lang=E (Seite 14)

2 Siehe Bundestagsbeschluss „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ vom 18.06.2015

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis _____

wird ihre Möglichkeiten nutzen, sich für nachhaltige Entwicklung konkret zu engagieren und eigene Maßnahmen nach innen und außen sichtbar zu machen. Sie wird dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

Mit Beschluss _____ vom _____ angenommen.

Ort, Datum

Titel, Funktion

Unterschrift

Kommunen können mit folgenden Maßnahmen einen besonderen Beitrag leisten (optional):

I. Information und Bewusstseinsbildung

- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Dritten mit dem Ziel, Informationen über die SDGs in der Bevölkerung zu verbreiten und das Bewusstsein für die damit angesprochenen Herausforderungen auf lokaler Ebene zu schärfen.
- Darstellung/Einbringung in Diskussionen wie anhand von Praxisbeispielen oder entsprechenden Ratsvorlagen, Entwicklungsziele der VN auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Beispielhaft sei hierfür das kommunalrelevante Ziel 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ genannt.(link)
- insbesondere die für ihr Gebiet zuständigen Volkshochschulen, Bildungswerke und Verwaltungsakademien bitten, Informationsangebote zur 2030-Agenda und den nachhaltigen Entwicklungszielen anzubieten.
- Bestandsaufnahme von vorhandenen Themen/Maßnahmen der Kommune, die in besonderem Zusammenhang mit globalen Nachhaltigkeitsstrategien stehen.

II. Maßnahmen der Vernetzung und Interessenvertretung

- Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses bestehend aus lokalen Akteuren wie Vereinen, Initiativen, Schulen, Universitäten, Wirtschaft, Handwerk, Gewerkschaften und Kirchen sowie lokal/regional engagierten NGO's, um die 2030-Agenda und die damit einhergehenden SDGs breit zu verankern.
- Mitwirkung in regionalen/nationalen Nachhaltigkeitsnetzwerken.
- Aktive Beteiligung an kommunalrelevanten Vorhaben der VN, um kommunale Selbstverwaltung weltweit zu stärken, kommunale Interessen weltweit zu bündeln und den Anliegen der Kommunen global Gehör zu verschaffen.

III. Übertragung der 2030-Agenda auf die kommunale Ebene

- Bestehende oder neue Maßnahmen oder Strategien der sozialen, ökologischen, ökonomischen oder politisch-kulturellen Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene werden mit einem oder mehreren der 17 SDGs in Zusammenhang bringen und national und international sichtbar machen.
- Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verankern und besonderes Augenmerk verleihen (zum Beispiel SDG Nr. 11).
- Sich dafür einsetzen, dass auch in weiteren kommunalen Handlungsfeldern wie zum Beispiel bei kommunalen Eigenbetrieben und der Kommunalwirtschaft, Schulen, oder bei der kommunalen Wohnraumversorgung

Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt werden (zum Beispiel SDGs Nr. 4, 6, 7, 9, 13).

- Erweiterung und Vertiefung des Städtepartnerschaftsnetzes und der Projektzusammenarbeit mit Kommunen aus Ländern des globalen Südens. Förderung der Strukturen der Selbstverwaltung und Unterstützung des kommunalen Wissenstransfers in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (zum Beispiel SDG Nr. 17).
- Einbeziehung der Potenziale von Migrantinnen und Migranten als Brückenbauer zu ihren Herkunftsländern, auch mit dem Ziel, Lebensperspektiven in den Herkunftsländern zu verbessern (SDG Nr. 17).
- Ausbau einer Willkommenskultur im Zuge der wachsenden Zuwanderung nach Europa (SDG Nr. 17).



**Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen
Brandenburgs e.V.**

VENROB e.V. wurde am 9. September 1995 in Potsdam als entwicklungspolitische Arbeitsplattform für Vereine, Gruppen, Initiativen, Eine-Welt-Läden u.ä. Nichtregierungsorganisationen im Land Brandenburg gegründet. Der gemeinnützige Verein versteht sich als parteipolitisch und konfessionell ungebundenes Landesnetzwerk. Mitglieder können alle im Land Brandenburg ansässigen Interessenten werden, die sich mit Nord-Süd-Themen beschäftigen.

Unsere wichtigsten Arbeitsfelder

Förderung von Kontakten und Zusammenarbeit zu entwicklungspolitischen Themen, insbesondere im Bereich Globales Lernen.

Aufbau und Erweiterung von entwicklungspolitischen Kompetenzen.

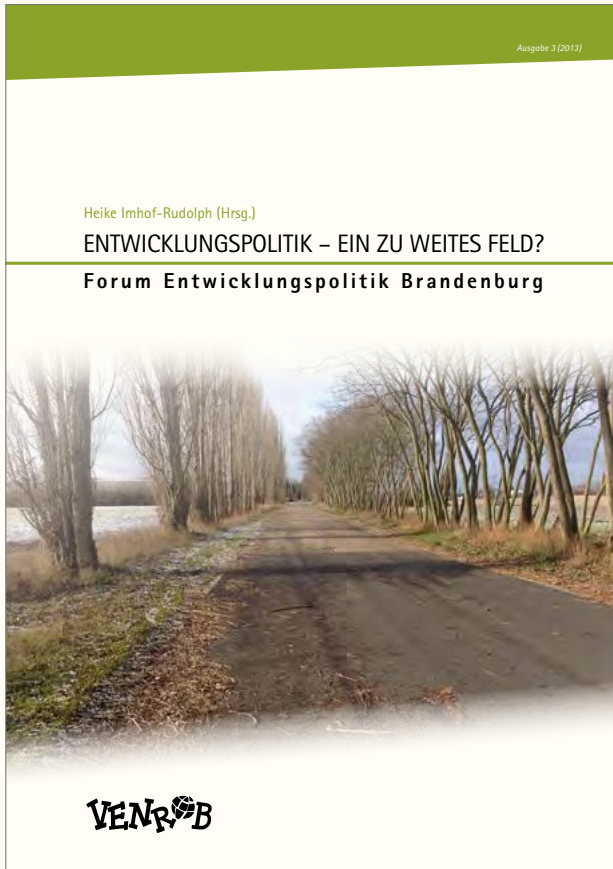
Lobbyarbeit, Interessenvertretung für Themen und Akteure auf Landesebene.

Unterstützung von Nachhaltigkeitsprozessen und kommunaler Entwicklungspolitik.

Derzeitige Mitglieder

Aktionsladen Eine Welt bei der Französisch Reformierten Gemeinde Potsdam | Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. | Cagintua e.V. – Campaign for Government of International Unity in Africa | Carpus e.V. | Collective Leadership Institute e.V. | Demokratie und Integration Brandenburg e.V., Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration | Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V. | Echo Kamerun e.V. | Eine-Welt-Projekt des Evangelischen Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg | Eine-Welt-Laden-Cottbus e.V. | ESTAruppin e.V. | Fliegende Agenda 21 | Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik e.V. (GEKO) | Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE) | HIV-Projekt Belize e.V. | Hochvier – Gesellschaft für politische und interkulturelle Bildung e.V. | Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V. Fürstenwalde/Spree (JuSeV) | Kirchlicher Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Schlesische Oberlausitz | Lateinamerika-Arbeitskreis tierra unida e.V. | Löwenherz e.V. | Oikocredit Förderkreis Nordost e.V. | Orientierungszentrum für Migrant_innen und Flüchtlinge (OMF) e.V. | Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO-Germany) | publicata e.V. – Verein zur Förderung von Öffentlichkeit für Ausländerintegration und Entwicklungszusammenarbeit | PUERTO ALEGRE e.V. | SEGENA e.V. | SOLAFRICAN e.V. | SOLIDARIO – Eine Welt Projekt in der Kirchengemeinde Babelsberg | Stadt-Land.Move e.V. | Stiftung für Engagement und Bildung e.V. | WeltTrends e.V.

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Seit 2012 erscheint die Reihe *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* bei WeltTrends. Sie widmet sich den Fragen und Problemen der Einen Welt. In ihr werden anspruchsvolle, themenbezogene Beiträge mit politischer und wissenschaftlicher Diskussion sowie dem Praktiker-austausch verknüpft. Aktuelle entwicklungspolitische Themen (auch mit Blick auf Brandenburg) werden aufgegriffen, um zu dokumentieren, was sich beidseitig der – mehr oder weniger scharfen – Trennlinie von entwicklungspolitischer Theorie und Praxis tut.

Das *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* wird herausgegeben vom VENROB e.V., dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Brandenburg. Die kostenlosen Broschüren können Sie auf der Website von VENROB bestellen.

Bisher erschienen

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 9 (2019)
Brandenburg auf dem Weg in die Zukunftsfähigkeit?
ISBN 978-3-947802-31-9 | 54 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 8 (2018)
Brandenburg – Da lässt sich was entwickeln
ISBN 978-3-947802-14-2 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 7 (2017)
Agenda 2030 in Brandenburg
ISBN 978-3-945878-72-9 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 6 (2016)
Entwicklungsland Brandenburg?
ISBN 978-3-945878-34-7 | 40 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 5 (2015)
Globales Lernen Lebenslang!
Nachhaltiges Lernen in Brandenburg aktuell
ISBN 978-3-945878-05-7 | 43 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 4 (2014)
Brandenburg goes global
Zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015
ISBN 978-3-941880-96-2 | 41 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 3 (2013)
Entwicklungspolitik – Ein zu weites Feld?
ISBN 978-3-941880-79-5 | 38 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 2 (2012)
made in Brandenburg
Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung
ISBN 978-3-941880-53-5 | 47 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 1 (2012)
Ernährung im 21. Jahrhundert
ISBN 978-3-941880-43-6 | 29 Seiten

Was hat der Flugpionier Otto Lilienthal mit brandenburgischen Kommunen gemeinsam? Auf den ersten Blick nichts, außer dass Lilienthal nicht nur in Berlin, sondern auch in Potsdam und Umgebung seine Flugübungen gemacht und damit den Grundstock für die weitere Entwicklung der Luftfahrt gelegt hat. Auf den zweiten Blick wird klar: Innovation, Initiative, Zukunftsvision, Mut und Entschlossenheit! Von alledem wünschen wir uns mehr. Innovation kommt aus der Mitte der Bevölkerung, und die wird auch in Deutschland immer bunter, kulturell vielfältiger und damit kreativer.

Einfallsreichtum, Kreativität und digitaler Sachverstand sind auch die neuen Qualitäten, derer es bedarf, um nicht nur beruflich halbwegs unbeschadet durch die Corona-Krise zu kommen. Diese bewirke – laut Aussage Gerd Landsbergs, Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes – eine „Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung“. Das Vertrauen in die Kommunen und ihre Vertreter*innen sei enorm gewachsen. Ohne diese würde man in der Pandemie-Bekämpfung keinen Zentimeter weiterkommen. Eigeninitiative wird gefordert und entsprechend gefördert.

„Opfer müssen gebracht werden“ waren Otto Lilienthals letzte Worte nach seinem letzten, weil tödlich geendeten Flugversuch. Den Corona-Schutzbestimmungen zum Opfer gefallen sind nahezu alle großen und kleinen kulturellen, gesellschaftlichen und sonstigen Präsenzveranstaltungen. Wie die zahlreichen entwicklungspolitischen Projekte und Initiativen damit umgegangen sind, können Sie in dieser Ausgabe nachlesen. Denn das Leben geht weiter, auch in Corona-Zeiten.